

## Buchbesprechungen

*Stalder, Peter: Regime Transitions, Spillovers and Buffer Stocks; Analysing the Swiss Economy by Means of a Disequilibrium Model (Lecture Notes in Economics and Mathematical Systems 360). Springer, Berlin u. a. 1991. VI, 193 S.*

Die überarbeitete Fassung der Habilitationsschrift von Stalder dient der Entwicklung eines ökonometrischen Makroungleichgewichtsmodells mit einem Güter- und einem Arbeitsmarkt für die Schweiz. Nach einleitenden Bemerkungen in diese Zielsetzung stellt der Verfasser kurz die dogmengeschichtliche Entwicklung bis zur Krise der keynesianischen Orthodoxie dar und schließt eine straffe Darstellung der Neuklassik mit ihren wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen an. Etwas ausführlicher erörtert Stalder die Neukeynesianische Position (NKM), erläutert verschiedene Regimes und betont, daß der Erfolg wirtschaftspolitischer Maßnahmen davon abhängt, welche der Rationierungskonstellationen (Regimes) vorliegt. Die besondere Bedeutung keynesianischer Arbeitslosigkeit erkennt der Verfasser auch darin, daß die Selbstheilungskräfte in anderen Regimes größer sind und damit deren wirtschaftspolitische Bedeutung relativieren. Hinsichtlich der Bedeutung des Neokeynesianischen (IS-LM) Ansatzes kommt Stalder zur Überzeugung: „Econometric tractability establishes a tradeoff between the rigorous modelling of disequilibria and spillovers à la NKM and the detailed demand-oriented analysis that is typical for Neo-Keynesian models.“ (S. 14) Zum Schluß seiner Einführung geht er auf die konkrete Zielsetzung seiner Untersuchung ein, die er in Anbetracht des starken Einbruchs Mitte der 70er Jahre trotz anhaltend geringer Unterbeschäftigung in der Schweiz keineswegs für überflüssig hält. In der Entwicklung von Ungleichgewichtsmodellen sieht Stalder eine Möglichkeit zur Neuinterpretation der Parameterinstabilität in ökonometrischen Modellen.

Insbesondere soll seine Studie zwei Einschränkungen der vorliegenden, empirisch ausgerichteten Ungleichgewichtsmodelle überwinden. Erstens werden langfristige Aspekte durch eine Investitionsfunktion entsprechend dem vintage-Ansatz berücksichtigt. Diese Endogenisierung der Kapitalbildung führt zu einer differenzierteren Unterscheidung zwischen keynesianischer und klassischer Arbeitslosigkeit. Die Investitionen sind abhängig vom Nachfrageüberschuß, der Rendite und den Faktorpreisrelationen. Bezüglich der technischen Koeffizienten wird Substitution *ex ante* und Limitationalität *ex post* angenommen und schließlich wird die Nutzungsdauer der Maschinen durch die Übereinstimmung von Grenzproduktivität und Reallohn begrenzt. Über diese verschiedenen Begründungszusammenhänge wirkt der Lohnsatz in diesem Modell. Zweitens wird die glättende Rolle von Lagerhaltung und nicht-durchgeführten Bestellungen für die Anpassungsverzögerungen berücksichtigt, womit kurzfristig ein Puffer („buffer stocks“) zwischen Güter- und Arbeitsmarkt entsteht.

Die Berücksichtigung von Spillovereffekten zwischen beiden Märkten bezieht sowohl den Einfluß der effektiven Nachfrage vom Gütermarkt auf den Arbeitsmarkt als auch den der Rationierung auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich des Angebots auf dem Gütermarkt mit ein.

Stalder entscheidet sich bezüglich der Aggregation für ein „smoothing-by-aggregation“-Modell, daß die gleichzeitige Berücksichtigung von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen gestattet. Diese Modellierung entsprechend der Vorstellung, daß durch die Aggregation von Teilmärkten der Übergang von einem Regime zum anderen unscharf wird, bringt nicht nur eine größere Realitätsnähe, sondern weist auch ökonomische Vorteile auf.

Im Kapitel 2 wird das theoretische Modell erarbeitet, welches auf der Ebene der Einzelunternehmen die Spillovereffekte zwischen den beiden Märkten herausarbeitet. Für eine kleine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz kann davon ausgegangen werden, daß die Haushalte in der Güternachfrage nicht rationiert werden, und Stalder sieht dementsprechend von einer Unterscheidung zwischen notionalem und effektivem Arbeitsangebot ab. Auch bezüglich der Spillovereffekte unfreiwilliger Arbeitslosigkeit auf die Güternachfrage verzichtet der Verfasser auf diese Unterscheidung und begnügt sich mit einer Keyneschen Konsumfunktion. Durch Spilloverelastizitäten, die ausdrücken, wie die Arbeitsnachfrage auf ungenügende Güternachfrage und wie das effektive Güterangebot auf unzureichendes Arbeitsangebot reagiert, werden die verbleibenden Spillovermöglichkeiten berücksichtigt. Anschließend werden in Kapitel 3 die aggregierten Angebots- und Nachfragegrößen hergeleitet. In diesem „streamlined“ (S. 35) Modell werden die Verteilungen der verschiedenen Regimes auf den einzelnen Märkten über eine Dichtefunktion in Erwartungswerten aggregiert. Als Verteilung wird eine Lognormalverteilung unterstellt, die den Vorteil aufweist, daß auch die isoelastisch formulierten Beziehungen die gleiche Art der Verteilung aufweisen. Die entsprechenden Varianzen können als „mismatch“ Parameter verstanden werden (S. 41). Der übrige Teil dieses Abschnitts befaßt sich mit der Messung der Regimezugehörigkeit durch Umfrageergebnisse des KOF-ETH Konjunkturtests.

Im kurzen 4. Kapitel werden Lagerhaltung und nichtdurchgeführte Bestellungen als Anpassungspuffer eingebaut. Zurecht betont der Verfasser, daß in einem Vierteljahresmodell derartigen Puffern eine wichtige Rolle zukommt. Der Ansatz wirkt aber im Vergleich zu dem der Investitionsfunktion sehr kurzfristig, in dem ein normaler Lagerhaltungs- und Beststellungsbestand als konstant betrachtet wird. Die Spezifikation der Verhaltensgleichungen in Kapitel 5 folgt beim Arbeitsangebot, bei welchem ausländisches Arbeitsangebot gesondert berücksichtigt wird, und der Güternachfrage wohlbegründet den Standardansätzen. Mit den notionalen Funktionen der Arbeitsnachfrage und des Güterangebots befaßt sich Stalder nur kurz und für die Investitionsfunktion dient das Malinvaud-Investitions-Modell als Grundlage. Die Entwicklung der Produktionsfunktion entsprechend dem Vintage-Approach erfolgt sehr sorgfältig als Optimierungsansatz. Die Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Wirkungszusammenhänge leidet jedoch unter dem mathematisch formalen Aufwand, der besser in einen Anhang verbannt worden wäre. Schließlich wird das Modell in einem Überblick dargestellt, nachdem der Verfasser zu Beginn dieses 6. Kapitels zunehmenden Mismatch im Arbeitsmarkt durch eine Trendkomponente berücksichtigt, was bei einer langfristigen Interpretation des Ansatzes sicherlich problematisch sein dürfte. Nach sorgfältiger Erörterung des Schätzverfahrens werden die Modellvarianten ohne und mit „buffer stocks“ um die Möglichkeit des Hortens von Arbeitskräften ergänzt.

Die Schätzung der verschiedenen Modelle erfolgt anhand von Vierteljahresdaten für die Zeit von 1967.2 bis 1985.4. Ein einfaches Modell mit exogenen Investitionen bringt den Einstieg in die maximum likelihood-Schätzungen. Das 1. Modell ohne „buffer stocks“ und Arbeitskräftehorten führt zu meist plausiblen Parametern. Das Wachsen von Arbeitsmarktmismatch überrascht (S. 101) in Anbetracht der niedrigen Arbeitslosenquoten in der Schweiz. Eine spätere Modifikation mit variablem Trend (S. 122) bringt allerdings keine überzeugenderen Ergebnisse. Jedoch nehmen die



Parameter der Güternachfrage in diesem und im folgenden Modell, in welchem das Horten von Arbeitskräften berücksichtigt wird, erst nach a priori Festlegung auf eine unmittelbare Anpassung annehmbare Werte an. Die Berücksichtigung von „buffer stocks“ in Modell 3 führt zu Daten- und besonderen Schätzproblemen, ohne die Mängel der Güternachfrageparameter zu beseitigen. Das Modell 4 bringt dann mit der Endogenisierung der Investitionen das volle theoretische Konzept zum Tragen. Darin zeigt sich erwartungsgemäß, daß „buffer stocks“ und das Horten von Arbeitskräften die keynesianischen Spilloverwirkungen dämpfen, aber entgegen Blinders Ansichten nicht eliminieren. Eine kurze Diskussion der Parameterstabilität (Kapitel 8) schließt sich nun an. Dabei verzichtet Stalder zunächst für eine Neuschätzung auf die Daten des letzten Zyklus ab 1981.1 und kommt zum Ergebnis, daß lediglich 7 der 30 Parameter um mehr als 33 % abweichen, darunter insbesondere die des Arbeitsangebots und der Güternachfrage. In einem zweiten Test wird das Modell für die Werte zwischen 1986.1 bis 1989.4 als Prognosemodell eingesetzt, was dazu führt, daß die These der Parameterstabilität „is clearly rejected“ (S. 135). Der Verfasser kommt aufgrund der einzelnen Schätzfehler zum Ergebnis, daß die Ursache für dieses Ergebnis in einer langfristigen Steigerung der Kapitalintensität liegt (S. 136).

Kapitel 9 beginnt mit einer „statischen Simulation“, in welcher die beobachtbaren endogenen Variablen nach der Modellrechnung des Modells 4 mit den wirklichen verglichen werden, und es sich zeigt, daß das Modell eine gute Anpassung liefert. Danach wird das Modell als Grundlage für eine Charakterisierung der konjunkturellen Entwicklung durch die Wechsel und Überlagerungen der verschiedenen Regimes und die Spillovers verwendet, was beeindruckend gut gelingt. Schließlich werden die Daten des Schweizerischen Arbeitsmarktes mit den Werten des Modells verglichen, wobei der Verfasser die Abweichungen durch statistische Fehler und das „discouraged worker“-Phänomen erklärt und zu dem nachvollziehbaren Ergebnis kommt, „that our model gives a more accurate account of involuntary unemployment than official unemployment statistics“ (S. 148). Ein weiterer Teil der Simulationen dient der Analyse exogener Einflüsse und der Stabilität des Modells. Bei der Konstruktion des Modells nicht weiter verwunderlich zeigt sich, entgegen der Politikineffizienzhypothese, Fiskalpolitik als wirksam, allerdings in starker Abhängigkeit vom jeweiligen Regime bis zur Unwirksamkeit im Falle unterdrückter Inflation (1970). Die verschiedenen Simulationen werden sorgfältig und nachvollziehbar interpretiert, wobei Stalder auch auf Ergebnisse eingeht, die darauf zurückzuführen sind, daß bestimmte Wirkungszusammenhänge (z. B. der Einfluß der Einkommensverteilung auf die Konsumnachfrage) im Modell nicht berücksichtigt sind.

Im Schlußkapitel gibt der Verfasser einen straffen Überblick über Inhalt und Ergebnisse seiner Arbeit. Er relativiert die Möglichkeiten praktischer Diagnose bestimmter Regime und darauf aufbauender Wirtschaftspolitik. Den zunehmenden Arbeitsmarktmismatch führt er auf zunehmende qualifikationsspezifische Arbeitsmarktungleichgewichte zurück. Ein internationaler Vergleich auf der Basis des Modells endet schließlich in einer Analyse der Besonderheiten der schweizerischen Entwicklung.

Damit kommt eine Arbeit zum Schluß, die eine besonders geglückte Synthese theoretischer Analyse und empirischen Arbeitens auf hohem Niveau darstellt. Die Lektüre ist jedem zu empfehlen, der sich mit empirischen Ansätzen der Makroökonomik befaßt. Berücksichtigt man das theoretische und ökonometrische Niveau der Arbeit, so ist auch die Lesbarkeit der Arbeit lobend hervorzuheben. Der Wert dieser Veröffentlichung leidet jedoch unter zwei formalen Mängeln. Zum einen wäre ein Symbolverzeichnis für einen Leser sehr vorteilhaft, der sich über Einzelaspekte der Vorgehensweise informieren möchte, ohne gleich die ganze Arbeit zu lesen. Dieses wird

allerdings auch durch das Fehlen eines Stichwortverzeichnisses erschwert, wenngleich die Gliederung und der systematische Aufbau der Arbeit diesen Mangel relativieren.

G. Blümle, Freiburg i. Brsg.

*Kornai, János: The Road to a Free Economy. Shifting from a Socialist System: The Example of Hungary.* W. W. Norton & Company, New York/London 1990. 224 S.

Wenngleich das Buch von Kornai, das sich an eine breitere Öffentlichkeit wendet, ursprünglich für ungarische Leser geschrieben wurde, so ist der Verfasser dennoch davon überzeugt, daß der Kern seiner Überlegungen auch für alle anderen Länder relevant ist, die sich im Übergang von sozialistischen Wirtschaftsordnungen zur privatwirtschaftlich konzipierten Marktwirtschaft befinden. Und in der Tat sind – oder waren zumindest zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches – gemeinsame Merkmale dieser Volkswirtschaften ein makroökonomisches Ungleichgewicht am Gütermarkt mit einer das Gesamtangebot bei gegebenen Preisen erheblich übersteigenden Gesamtnachfrage, offene oder zurückgestaute Inflation bei einem beträchtlichen Geldüberhang, künstlich fixierte Wechselkurse, die eine Überbewertung der je eigenen Wertung darstellten, fehlende Konvertibilität, Budgetdefizit, verlustbringende Staatsbetriebe, hohe Subventionszahlungen an Betriebe und private Haushalte, eine falsche Struktur der relativen Preise und damit Fehlallokation knapper Ressourcen.

Im einzelnen wendet sich Kornai drei von ihm als besonders wichtig erachteten Feldern und Aufgabenstellungen für den Transformationsprozeß zu, nämlich

- der Veränderung der Eigentumsordnung,
- der makroökonomischen Stabilisierung und
- der Frage der Popularität des Reformprozesses und den sich hieraus ergebenden Anforderungen an die Politik.

Was die Veränderung der Eigentumsordnung anbetrifft, so ist nach Auffassung des Autors die Herausbildung eines Privatsektors in der Wirtschaft und einer neuen Mittelklasse die wichtigste Aufgabe im Reformprozeß. Das Hauptdefizit des bisherigen sozialistischen Staatseigentums habe in dessen Unpersönlichkeit bestanden, was Haftung für Fehlleistungen weitgehend ausschloß. Die Forderung, einen Privatsektor zu entwickeln, sei jedoch so allgemein und vage, daß es Ökonomen, Politikern oder politischen Parteien relativ leicht falle, sich mit ihr einverstanden zu erklären, letztlich jedoch unverbindlich zu bleiben. Um zu verdeutlichen, worum es ihm wirklich geht, formuliert Kornai sechs Anforderungen, die es in diesem Zusammenhang zu erfüllen gelte:

- (1) Der teilweise bereits bestehende Privatsektor müsse tatsächlich und vollständig liberalisiert werden.
- (2) Das Erzwingen privater Verträge sei gesetzlich zu gewährleisten.
- (3) Es sei unverzichtbar, die absolute Sicherheit des Privateigentums nachdrücklich zu deklarieren.
- (4) Das Steuersystem dürfe private Investitionen nicht blockieren.
- (5) Private Investitionen sowie die Bildung von privatem Kapital seien durch Kreditgewährung zu unterstützen.
- (6) Eine gesellschaftliche Respektierung des Privatsektors müsse entwickelt werden.



Gleichwohl vertritt der Autor die Ansicht, daß ein solcher Prozeß der Herausbildung eines Privatsektors der Wirtschaft nur Schritt für Schritt vor sich gehen könne, denn ganze Generationen wurden dazu erzogen, jene bürgerlichen Grundsätze und Werte zu vergessen, die so eng mit privatem Eigentum und Märkten verbunden sind. Es sei daher die Vorstellung realitätsfremd, daß staatseigene Unternehmen schon nach kurzer Zeit die Ausnahme und Privatunternehmen die Regel bildeten. Für die kommenden zwei Jahrzehnte müsse damit gerechnet werden, daß neben dem privaten noch ein recht umfangreicher staatlicher Sektor der Wirtschaft erhalten bleibt. Dieser könne zunächst nur graduell vermindert werden. Um so wichtiger sei es daher, die Effizienz der Staatsbetriebe zu verbessern. Hierfür gebe es jedoch kein Wundermittel. Der Staatssektor lasse sich schwerlich in eine Sphäre genuinen Unternehmertums verwandeln. Vermittels strikter öffentlicher Finanzdisziplin und parlamentarischer Kontrolle müsse er im Zaum gehalten werden.

Aufgabe neu gewählter Staatsorgane im Reformprozeß sei es, eine Politik der makroökonomischen Stabilisierung zu betreiben. Hiermit meint der Autor vor allem die Bekämpfung einer permanenten Inflation, indem versucht wird, ein Gleichgewicht auf dem makroökonomischen Gütermarkt dadurch zu bewerkstelligen, daß bei Freigabe der Preisbildung einerseits und bei Fixierung des Kreditangebots durch das Bankensystem andererseits nach einer kurzen Phase der Anpassungsinflation stabilisierende Geldpolitik betrieben werden kann. Dabei wird freilich nicht ganz klar, ob an eine Geldmengensteuerung oder vorwiegend an Zinspolitik gedacht wird. Zur makroökonomischen Stabilisierung gehöre auch die Wiederherstellung eines Budgetgleichgewichts. Um dieses zu erreichen, schwebt dem Verfasser vor, daß jährlich genau jener Betrag an Steuern aufgebracht wird, der – nach Abschaffung der bislang sehr hohen Subventionszahlungen – notwendig ist, um die Kosten der staatlichen Verwaltung, des Militärs, der öffentlichen Verschuldung gegenüber dem Ausland sowie des Sozialbereichs decken zu können. Hierzu sei es freilich unumgänglich, das bisher bestehende Steuersystem völlig umzubauen. Außerdem setzt sich Kornai für einheitliche Wechselkurse, Konvertibilität der Währung und Liberalisierung aller Außenhandelsaktivitäten ein.

Alle diese Maßnahmen zur makroökonomischen Stabilisierung sollten nach Ansicht des Autors gemeinsam und gleichzeitig ergriffen werden, da sie sich in ihrer Wirksamkeit gegenseitig bedingen. Inflationsbekämpfung erfordere ein ausgeglichenes Budget, was seinerseits nur bei einem gleichzeitigen Umbau des Steuersystems erreichbar sei. Die Budgetstabilisierung könne aber nicht mitten im Inflationsprozeß gelingen, weil Steuereinnahmen nur zeitverzögert den Staatsausgaben folgen, so daß sich die Inflation auf der Einkommenseite stärker bemerkbar mache als auf der Ausgabenseite. Das Einstellen des Verlustausgleichs bei Betrieben aus dem Staatshaushalt bedinge die Einführung eines anderen Steuersystems und darüber hinaus die Möglichkeit, erkennen zu können, welche Betriebe Gewinne oder Verluste auf der Grundlage von markträumenden Gleichgewichtspreisen machen. Wirkliche Marktpreisbildung könne aber nicht stattfinden inmitten einer akzelerierenden Inflation. Da partielle Preisanpassungen unter diesen Voraussetzungen nicht zu einem richtigen System relativer Preise führen, verstärkten sie möglicherweise noch die Inflation. Die Mehrzahl der für sich genommen zielkonformen Stabilisierungsmaßnahmen könnte sich als gefährlich oder zerstörerisch erweisen, wenn nicht gleichzeitig die jeweils anderen ebenso ergriffen werden. Die Notwendigkeit zur Simultaneität im Einsatz der Instrumente zur makroökonomischen Stabilisierung und zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse bestehe – trotz gewisser Unterschiede in den Ausgangsbedingungen – für alle ehemals sozialistischen Länder Osteuropas.

Hinsichtlich der Popularität des Reformprogramms geht Kornai von unterschiedlichen Graden der Zustimmung aus. Generell sei damit zu rechnen, daß es hinsichtlich bestimmter Punkte akzeptiert, jedoch von den gleichen Personen hinsichtlich anderer Aspekte abgelehnt wird. Zweifellos werde es grundsätzlich unterstützt von allen echten Liberalen, von denen, die bereits Eigentümer sind oder jenen, die es werden wollen, sowie von Bürgern, die bereit sind, Initiativen zu ergreifen und Risiken einzugehen. Auch sei zu erwarten, daß die Reform von vielen deshalb als grundsätzlich positiv beurteilt wird, weil sie die Inflation und die generelle Güterknappheit beseitigen hilft sowie Ordnung aus dem Chaos entstehen läßt. Freilich sei mit Zurückhaltung oder Ablehnung solcher Staatsbürger zu rechnen, die dem Prinzip des Staatseigentums zuneigen oder deren bisherige Privilegien in Frage gestellt werden. Widerstände gegen dieses Programm seien ebenso zu erwarten von den im Staatssektor Beschäftigten, und zwar wegen der für den Erfolg der Reform notwendigen strikten Lohndisziplin sowie wegen der vorübergehend wohl unvermeidlichen Beschäftigungslosigkeit. Auch die ärmeren Bevölkerungsschichten würden den Reformprozeß ablehnen, wenn es nicht gelingt, ihn sozial zureichend abzufedern.

Um die Transformation des Wirtschaftssystems angesichts solcher Widerstände erfolgreich durchführen zu können, ist nach Auffassung von Kornai eine starke Regierung notwendig, freilich nicht eine solche, die sich wie eine Militärdiktatur auf repressive Gewalt stützt. Die Stärke einer demokratisch gewählten Regierung erhofft er sich davon, daß diese die Bevölkerung vorbehaltlos darüber informiert, wie das Geschehen abläuft, welche künftigen positiven Effekte zu erwarten und welche Risiken in Kauf zu nehmen sind. So lasse sich sogar eine Koalition aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen über den einzuschlagenden Weg erreichen.

Die Stärke von Kornai's Buch liegt vor allem in der relativ leichten Verständlichkeit der vorgetragenen Thesen und der anschaulichen Beschreibung von Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Reformschritten. Freilich ist auch unverkennbar, daß wesentliche Teile der Arbeit in einem sehr frühen Stadium der Systemtransformation – vor allem in Ungarn – geschrieben wurden. Viele von Kornai's Überlegungen gehören heute zum Allgemeinwissen, nachdem der Reformprozeß in mehreren Ländern schon geraume Zeit Anschauungsmaterial liefert. Für den Wirtschaftswissenschaftler ist vor allem der Teil des Buches unbefriedigend, in welchem sich der Verfasser mit Zielen und Methoden der sogenannten makroökonomischen Stabilisierung befaßt. Was dort grundsätzlich Richtiges ausgesagt wird, läßt sich zum Teil bereits in Walter Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ nachlesen, und zwar in jenem Abschnitt, in dem von den konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung die Rede ist. Einige konkrete Probleme des Instrumenteinsatzes sind zwar zum Teil angesprochen, aber nur partiell theoretisch zureichend analysiert.

G. Gutmann, Köln

*Hansen, Hermann-Josef: Keynesianische oder Klassische Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen mit einem ökonometrischen Ungleichgewichtsmodell (Wissenschaftliche Schriften: Reihe 4, Volkswirtschaftliche Beiträge 128). Schulz-Kirchner, Idstein 1991. 220 S.*

Mit der Arbeit, die als Dissertation am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/Main, angenommen wurde, wird die Frage untersucht, welche Faktoren für die hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich sind. Theoretische Grundlage sind die im Rahmen der Neokeynesianischen Theorie entwickelten Ansätze, in denen a priori nicht festge-



legt ist, ob die Beschäftigung durch die Höhe des Reallohns oder die Güternachfrage bestimmt ist. Da gerade die Stärke dieses Ansatzes darin liegt, daß zugelassen wird, daß sich die Bedeutung des Reallohns bzw. der Güternachfrage für die Beschäftigung im Zeitablauf ändern kann, ist es erforderlich, zeitvariable Parameter bei der ökonometrischen Modellbildung zu verwenden.

Nach der Einleitung wird im ersten unmittelbar themabezogenen *Kapitel 2* die Neokeynesianische Theorie in ihren wesentlichen Annahmen und in verschiedenen Modellversionen dargestellt. In komparativ-statischen Analysen wird die Reaktionsweise der Modelle auf Änderungen der exogenen Variablen untersucht. Da je nach wirtschaftlicher Konstellation zu hohe Reallöhne oder unzureichende Güternachfrage für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind, kann sie nur beseitigt oder reduziert werden, wenn das Diagnoseproblem, ob es sich um keynesianische oder klassische Arbeitslosigkeit handelt, gelöst ist. In das Zentrum des Interesses der Darstellung stellt der Autor dabei m. E. zu Recht nicht eine umfassende Darstellung der Neokeynesianischen Theorie mit ihren vielen Facetten, sondern die Möglichkeiten der empirischen Umsetzung. Zum Abschluß dieses Abschnitts wird deshalb ein prototypisches Modell entwickelt, das aus theoretischer Sicht den Anforderungen genügt und sich empirisch umsetzen läßt.

Im *Kapitel 3* werden ökonometrische Ansätze zur Schätzung von Rationierungsmodellen mit stochastischer und deterministischer Regimezuordnung diskutiert. Die Gliederung der Ansätze erfolgt also auf Grund der stochastischen Struktur der Transaktionsgleichung. Werden die Tauschangebote als Zufallsvariablen aufgefaßt, so spricht man von Modellen mit stochastischer Regimezuordnung. Besteht die Bedingung, daß die Transaktionsmenge dem Minimum von Angebot und Nachfrage entspricht, ausschließlich aus deterministischen Größen, spricht man von Modellen mit deterministischer Regimezuordnung.

Makroökonomische Modelle mit Mengenrationierung stellen an die Ökonometrie erhöhte Anforderungen, weil sich die Parameter dieser Modelle in der Regel nicht mit der Methode der kleinsten Quadrate ermitteln lassen, sondern sehr komplizierte Maximum-Likelihood-Schätzer erfordern. Der Autor entscheidet sich schließlich für die eigene empirische Analyse gegen das Rationierungsmodell mit stochastischer Regimezuordnung. Ausschlaggebend dafür sind weniger ökonomisch-theoretische als schätztechnische Aspekte.

Im *Kapitel 4* werden die makroökonomischen Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 70er Jahre empirisch analysiert. Nach einer deskriptiven Analyse der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit seit 1961 werden die Schätzergebnisse des in ein makroökonomisches Modell integrierten ökonometrischen Ungleichgewichtsmodells vorgestellt und diskutiert, sowie ausgewählte Politiksimulationen durchgeführt, um retrospektiv abzuschätzen, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu welchen Zeitpunkten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation angezeigt gewesen wären. Die Ergebnisse zeigen, daß nach der Rezession 1974/75 eine Situation Keynesianischer Unterbeschäftigung eingetreten ist, in der eine staatliche Expansionspolitik gerechtfertigt und mit geringen Gefahren für die Preisniveaustabilität verbunden gewesen wäre. Seit Mitte der 80er Jahre hat der Anteil der Unternehmen im Regime Klassische Unterbeschäftigung als Folge des Investitionsattentismus der Unternehmen zu Beginn der 80er Jahre stark zugenommen. Dabei kann aber die These zu hoher Reallöhne verworfen werden.

Im m. E. zu kurz geratenen *Kapitel 5* wird eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und Perspektiven für die weitere Forschung auf diesem Gebiet gegeben. Leider enthält das Buch weder Autoren- noch Sachwortindex. Insgesamt ist beson-

ders die gelungene Verbindung theoretischer Ansätze und ihrer empirischen Umsetzung bzw. ihrer Überprüfung lobend hervorzuheben. Die besprochene Studie ergänzt die Arbeiten der deutschen Gruppe im sogenannten European Unemployment Program an den Universitäten Konstanz und Mannheim.

L. Bellmann, Nürnberg

*Siebert*, Horst (Hrsg.): *The Transformation of Socialist Economies: Symposium 1991*. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1992. 440 S.

Der von *Siebert* herausgegebene Band enthält die Tagungsbeiträge einer im Juni 1991 vom Kieler Institut für Weltwirtschaft organisierten internationalen Konferenz namhafter Wissenschaftler zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch über theoretische wie praktische Probleme der gegenwärtig in den ost- und mitteleuropäischen Ländern beobachtbaren Transformation des Wirtschaftssystems. Die Vielzahl der beim Übergang von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft auftretenden Schwierigkeiten begründet die Heterogenität der im vorliegenden Buch behandelten Aspekte einer solchen Transformation. Der Tagungsband ist in vier Abschnitte mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten eingeteilt:

Im *ersten* Kapitel werden die systemimmanenten Mängel sozialistischer Planungen aufgezeigt und Transformationsziele wie -strategien diskutiert. So macht *Winiacki* in seinem Aufsatz deutlich, daß Art, Umfang und zeitliche Reihenfolge der bislang beobachteten Transformationsmaßnahmen wesentlich durch die Stabilisierungsbemühungen zur Reduktion gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte bestimmt wurden. Die Ineffizienz von Stabilisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen resultiert aus der Unterschätzung der „Nachfrage“ nach neuen Institutionen und der Vernachlässigung der Interdependenz der Ordnung, denn die Bewältigung zentraler Aufgaben – wie z. B. der Privatisierung und Entflechtung von Staatsunternehmen – kommt nur sehr langsam oder gar nicht voran. Der Autor macht deutlich, daß die Zeit der knappste Faktor im Transformationsprozeß ist.

Die Privatisierungsdiskussion steht im Mittelpunkt der folgenden Beiträge. Beginnend mit *Blanchard* und *Layard* wird für die Privatisierung – ausgehend von den Kriterien Geschwindigkeit, Fairneß und Kontrolleffizienz – eine Schenkungslösung vertreten, wobei jedoch eine Verteilung über Voucher abgelehnt wird. Die Bürger sollen danach Anteile an einer zunächst noch – insbesondere in Personalfragen – staatlich beeinflussten Holding erhalten, deren Aufgabe die Umstrukturierung der zur Holding gehörenden (Groß-)Unternehmen ist. Anschließend sind die Unternehmensanteile durch die Holding – innerhalb von 10 Jahren – zu verkaufen. Insbesondere den Principal-Agent-Problemen nach erfolgter Privatisierung wird durch diesen Vorschlag Rechnung getragen. Kleinere Unternehmen sollten verkauft oder verpachtet werden. Auch *Steinherr* und *Perée* vertreten eine Schenkungslösung als effiziente Privatisierungsstrategie, allerdings sollte eine Privatisierung unabhängig von einer Restrukturierung erfolgen. Die finanzielle Unterstützung soll durch die Streichung der öffentlichen Unternehmensschulden und die Gewährung von (z. B. Grenzbeschäftigungs-)Subventionen zur Restrukturierung erfolgen. Darüber hinaus wird dem Aufbau eines Universalbankensystems gegenüber dem schnellen Aufbau eines Kapitalmarktes Vorrang eingeräumt, weil die Banken wichtige Beratungsfunktionen übernehmen und langfristig Finanzmittel zur Verfügung stellen können, wobei vor dem Hintergrund einer notwendigen zügigen außenwirtschaftlichen Öffnung insbesondere die Rolle ausländischer Banken betont wird. *Fink* und *Schedivy* zeigen die bekannten Probleme der Principal-Agent-Beziehungen bei Staatsunternehmen auf, nehmen eine



kritische Betrachtung einer Restrukturierung von Staatsunternehmen vor und skizzieren die umfangreichen Aufgaben einer solchen Unternehmensneuorganisation. Der Staat soll durch eine stabilitätsorientierte Geld- und Währungspolitik sowie durch Kapitalverkehrsliberalisierung und Vermeidung einer übermäßigen Besteuerung günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmensrestrukturierung schaffen.

*Saunders* und *Walter* stellen die Bedeutung eines Universalbankensystems – gegenüber einem Trennbankenmodell – nicht nur als Transformationsziel heraus, sondern auch als Triebkraft für den Umwandlungsprozeß. Einer Bankenrestrukturierung wird hohe Priorität eingeräumt, weil insbesondere die Kontrolle von Unternehmen über den Anteilserwerb durch die Banken effizient gestaltet und der Aufbau effizienter Finanzmärkte gefördert werden könnte. Die Autoren diskutieren einen Lösungsansatz, nach dem eine Unterteilung der Banken in – abhängig von der Qualität der Kredite – „gute“ und „schlechte“ Institute vorgenommen werden soll, um zunächst nur die „guten“ Banken in einer Auktionslösung zu privatisieren. Marktzugangsregelungen und Aspekte des Kapitalmarktaufbaus finden ebenso Berücksichtigung. Insbesondere wird darüber hinaus die Rolle des Humankapitals betont.

Das für die Reformakzeptanz wichtige – marktwirtschaftskonforme – System der sozialen Sicherung untersucht *Lal* im Hinblick auf die Ansprüche, die daran in den verschiedenen Transformationsländern gestellt werden, und somit auf die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Sozialsystem in den verschiedenen osteuropäischen Ländern übernommen wird. Wesentliche Bestimmungsfaktoren dafür sind der Entwicklungsstand, die Arbeitsmarktsituation in der Übergangphase, die „sozialistische Tradition“ und die Bedeutung der Nomenklatura für die Transformationsdynamik.

Diesen primär theoretisch orientierten Erörterungen folgt im zweiten Kapitel eine empirisch orientierte Analyse ordnungs- und prozeßpolitischer Maßnahmen im Prozeß der Systemumgestaltung. Zunächst geht *Newberry* auf die Sequenzproblematik ein. Bei den Ausführungen zu den differierenden Charakteristika sozialistischer Planwirtschaften und Marktwirtschaften wird die Marktstruktur in den Mittelpunkt gestellt. Dem Wettbewerb wird daher eine entscheidende Bedeutung für den Erfolg der Transformation zugeordnet. Als Konsequenz daraus sollen die großen Staatsunternehmen vor der Privatisierung restrukturiert und entflochten werden, weil gewünschte (Politik-)Optionen bestehen bleiben, d.h. spätere Zusammenschlüsse eher möglich sind als die Entflechtung bereits privatisierter Unternehmen. Für kleinere privatisierte Unternehmen sind die Märkte für die Gewährleistung effizienter Ergebnisse und Kontrolle ausreichend. *Aven* analysiert die Bestimmungsfaktoren für die ökonomische Entwicklung in der UdSSR in der jüngsten Vergangenheit. Dazu geht er auf die intensiven Versuche zu Beginn der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein, Effizienzsteigerungen durch strukturpolitische Maßnahmen – innerhalb des bestehenden planwirtschaftlichen Systems – zu erreichen. Zudem belegt *Aven* Inkonsistenzen der in den Jahren 1987 bis 1989 erfolgten Umgestaltung und zeigt verschiedene Szenarien der Wirtschaftssystementwicklung auf. Anschließend nimmt *Rosati* eine Bewertung des im Januar 1990 von der polnischen Regierung in Zusammenarbeit mit dem IWF in Polen implementierten Reformprogramms vor. Der Autor kritisiert dabei – wie bereits *Winięcki* – die mangelnde Berücksichtigung von zeitlichen Verzögerungen institutioneller Umgestaltung, wie sie in der nur langsam voranschreitenden Privatisierung, der nachwievor bestehenden Dominanz des Staatseigentums sowie erheblichen Anpassungsproblemen zum Ausdruck kommen. Aus dieser Kritik werden verschiedene Aufgaben für ein Konzept der Systemumwandlung abgeleitet. Dazu gehören neben den – auch über „provisorische“ Rechtsregeln geförderten – institutionellen Änderungen auch und insbesondere eine notwendige Beseitigung des monetären Überhangs und eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. *Bauer* untersucht die

Umgestaltungserfahrungen in Ungarn während der letzten 25 Jahre, die wesentlich durch die Suche nach einem „dritten Weg“ geprägt waren. Stabilisierung und Privatisierung werden als ausgewählte Probleme der gegenwärtigen Umgestaltungsphase betrachtet. Für die Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte wird ein Stabilisierungspakt zwischen Gewerkschaften und Regierung vorgeschlagen. Die Privatisierung von Großunternehmen soll durch den – vollständigen oder teilweisen – Verkauf an ausländische institutionelle Investoren erfolgen. Interessant sind hierbei vor allem die Überlegungen zur Privatisierung mittlerer bis großer Unternehmen, nach denen die Mitglieder der Nomenklatura aktiv in den Privatisierungsprozeß einzusetzen sind. Der monetäre Bereich steht bei *Hrnčíř* im Mittelpunkt der Analyse der Effekte stabilisierungspolitischer Maßnahmen 1990 bis 1991 in der CSFR. Hierbei werden die Konsequenzen der restriktiven monetären Impulse vor dem Hintergrund der offengelegten Inflation, der Entwicklung der Realzinsen, dem Strukturwandel bei der Kreditvergabe und der zunehmenden Kreditverflechtung innerhalb von Unternehmen betrachtet. *Hrnčíř* macht dabei die Störungen und Inkonsistenzen im Übergangsprozeß für die Probleme einer adäquaten Geldversorgung in der Transformation verantwortlich.

Inwieweit Lehren aus der deutschen Vereinigung für den Transformationsprozeß gezogen werden können, wird im *dritten* Kapitel untersucht. Im Mittelpunkt steht dabei die Diskussion um Lohnsubventionen. *Burda* und *Wyplosz* untersuchen die mit der deutschen Vereinigung entstandenen erheblichen Wanderungsprozesse von Arbeitskräften. Zur Beurteilung von Migrationseffekten und Maßnahmen zur Steuerung solcher Faktorwanderungen – wie beispielsweise die Forderung *Akerlofs* nach Lohnsubventionen – wird das wohlfahrtstheoretische Instrumentarium angewendet. Zwar können danach Lohnsubventionen durchaus wohlfahrtsökonomisch begründet werden, allerdings können ebenso Fälle aufgezeigt werden, in denen solche Maßnahmen suboptimal sind oder andere staatliche Maßnahmen wie Investitionsanreize und Infrastrukturinvestitionen wohlfahrtstheoretisch als Alternative zur Lohnsubventionierung sinnvoll sind. Zwischen der gegenwärtigen Systemumgestaltung in Ostdeutschland und den erheblichen Anpassungsproblemen infolge des Übergangs von der militärischen auf die zivile Produktion der amerikanischen Industrie nach dem zweiten Weltkrieg bestehen nach Ansicht von *Schatz* und *Schmidt* Parallelen insbesondere durch den abrupten Wegfall staatlich garantierter Nachfrage. Ausgehend von einer differenzierten Beschreibung der ökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland seit 1989 werden im Anschluß an den historischen Vergleich Lohnsubventionen diskutiert, Hindernisse der Umgestaltung identifiziert und Perspektiven aufgezeigt. Zusätzlich werden Politikvorschläge unterbreitet, die eine Ablehnung von Lohnsubventionen zugunsten einer Subventionierung über den Verkaufspreis von Unternehmen bei der Privatisierung, die Absage an weitere Investitionsprogramme angesichts des bereits geleisteten beträchtlichen Mitteltransfers, Deregulation und Lohndifferenzierungen beinhalten.

Im *vierten* und letzten Kapitel wird die Bedeutung der Systemumwandlung in Ost- und Mitteleuropa für die Weltwirtschaft herausgestellt. Dazu gibt *Blackhurst* einen Überblick über Chancen und Risiken der Systemänderung für die Weltwirtschaft in bezug auf den Güterhandel, den Kapitalverkehr, der Arbeitskräftewanderung und dem internationalen Austausch von Ideen und Know-how. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß dabei langfristig die Chancen überwiegen. Besonders die aus der Systemänderung resultierenden Konsequenzen für Migrationsströme sind allerdings sehr unsicher.

Der Band gibt einen Einblick in die Fülle an interessanten Vorschlägen zur effizient(er)en Gestaltung der Transformation zentralgeplanter Wirtschaften in marktwirt-



schaftlich organisierte Ordnungen. Vor allem die Diskussion über die Sequenzfrage von Privatisierung und Restrukturierung (Kapitel I.) sowie über die Lohnsubventionen (Kapitel III.) bieten einen guten und lesenswerten Überblick über die aktuellen und kontroversen Auffassungen zu Transformationsstrategie und Instrumenteneinsatz in der Übergangsphase. Das Buch ist somit Ausdruck dafür, daß gerade nicht, wie *Saunders* und *Walter* irrtümlich behaupten, „the sequencing from economic stabilization to financial and economic restructuring ... is by now well understood“ (S. 121). Vielmehr wird der Transformationsprozeß weiterhin dominiert durch ein Trial-and-Error-Vorgehen, dessen Dynamik durch unterschiedliche Positionen in Wissenschaft und Politik über Instrumente und Strategien im Übergang einerseits und den Transformationserträgen wie -kosten andererseits bestimmt wird. Beachtenswert sind in dieser Hinsicht die ergänzenden Hinweise (z.B. *Leipold, Issing*) sowie kritischen Gegenpositionen (z.B. *Rostowski*, Kommentar von *Hinds* zu *Newberry, Paqué*) in den Diskussionsbeiträgen. Auch und insbesondere die Studien über den Transformationsprozeß in ausgewählten osteuropäischen Staaten sind informativ. Demgegenüber erscheinen aufgrund der bereits seit Jahren in der wissenschaftlichen Literatur behandelten und bekannten Ursachen für die systemimmanenten Mängel sozialistischer Planwirtschaften allgemeine Betrachtungen zu diesem Thema ebenso wie die ausführliche Darstellung des Transformationszieles als überflüssig. Darüber hinaus verwundert es angesichts der massiven Transformationshemmnisse im Bereich der Nomenklatura, daß sich – bis auf *Bauer* – kein Autor mit dieser wichtigen Problematik auseinandersetzt. Auch die stärkere Beachtung außenwirtschaftlicher Aspekte wäre wünschenswert gewesen. Die vorgenommenen internationalen und historischen Vergleiche mit den aktuellen Entwicklungen in den Ländern Ost- und Mitteleuropas sind problematisch, wenn die jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen vernachlässigt werden (z.B. *Steinherr, Perée; Schatz, Schmidt*).

Die einzelnen Beiträge stehen trotz einiger inhaltlicher Überschneidungen unverbunden nebeneinander, wodurch auch eine selektive Lektüre möglich wird. Die Ergänzung eines Stichwortverzeichnisses hätte dem Leser hierbei die Nutzung des Buches erleichtert.

K. Kratz, Düsseldorf

*Laaser, Claus-Friedrich*: Wettbewerb im Verkehrswesen. Chancen für eine Deregulierung in der Bundesrepublik (Kieler Studien 236). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1991. XVI, 361 S.

In der wirtschaftspolitischen Diskussion hat das Verkehrswesen in den letzten Jahren erheblich an Stellenwert gewonnen. Zurückzuführen ist dies sowohl auf die sich immer stärker abzeichnenden Engpässe in der Verkehrsabwicklung wie auch auf die durch die Vollendung des EG-Binnenmarktes wirksam werdenden Deregulierungsmaßnahmen. Zusätzliche Stichworte sind in diesem Zusammenhang neben der Bundesverkehrswegeplanung für das erweiterte Deutschland und die hiermit verbundene Finanzierungsproblematik die Strukturreform für die beiden deutschen Bahnen.

Angesichts dieser intensiven Diskussion verdient das Buch von *Laaser* besonderes Interesse, beschäftigt es sich doch in grundlegender und umfassender Weise mit den theoretischen Grundlagen und den verkehrspolitischen Ausgestaltungsmöglichkeiten einer Wettbewerbsordnung im Verkehrswesen. Da in den letzten Monaten gerade in der Verkehrspolitik in Deutschland sehr weitreichende Entscheidungen gefallen sind, muß es hingenommen werden, daß einige der von *Laaser* kritisierten Regelungstatbestände entweder bereits beseitigt oder aber für 1994 als aufzuheben beschlossen sind.

Das gilt etwa für die Preisregulierung im nationalen Straßengüterverkehr und in der Binnenschifffahrt wie auch für die Reorganisation der deutschen Eisenbahnen. Dies mindert jedoch den Wert der Monographie von Laaser nicht, sondern verdeutlicht die Dynamik in der Verkehrswirtschaft, die allerdings in ihrer wettbewerblichen Umorientierung nicht Folge einer besseren Erkenntnis, sondern auf den Deregulierungsdruck aus Brüssel und die nicht mehr bewältigbaren Finanzierungsprobleme der beiden deutschen Bahnen zurückzuführen ist. Dies sollte illusionslos gesehen werden; damit verbleibt aber auch die Aufgabe, die bislang erreichten und für die Zukunft notwendigen Schritte zur Deregulierung im Verkehrswesen fachwissenschaftlich zu unterstützen. Hierzu leistet Laaser einen beachtenswerten Beitrag.

Das Buch gliedert sich in 10 Hauptkapitel. Nach einer Darstellung wichtiger Eckwerte der deutschen Verkehrsmärkte und der vielfältigen Regulierungseingriffe werden im 4. Kapitel die Folgen der Verkehrsmarktregulierung bei den verschiedenen Verkehrsträgern und -formen dargestellt. Das 5. Kapitel prüft die wohlfahrtsökonomischen Begründungen normativer und positiver Art zur Rechtfertigung wettbewerbsreduzierender Staatseingriffe in das Verkehrswesen. Dabei wird insbesondere das natürliche Monopol diskutiert; Laaser gelangt zur Feststellung, daß im Verkehrswesen die Existenz eines natürlichen Monopols mit zusätzlichen erheblichen sunk costs nur im Netzbereich der Eisenbahnen anzutreffen ist. Für die im 9. Kapitel sehr ausführlichen und als aktueller Diskussionsbeitrag durchaus wichtigen Überlegungen zum Wettbewerb im Schienennetz der Eisenbahn bedeutet dies, daß eine reale Trennung von Eisenbahnnetz und Eisenbahntransportbetrieb mit Zulassung Dritter nicht nur möglich, sondern unter Effizienzgesichtspunkten wünschenswert ist. Für die Netzgesellschaft wird eine eigenständige, von Laaser sogar staatliche Institution befürwortet (S. 306). Hier können allerdings die Begründungen für diese staatliche Institution nicht voll überzeugen, da überwiegend politische Zielvorstellungen (regionalpolitische Einflußnahmemöglichkeiten auf die Netzgestaltung) und Dienstrechtsstrukturmerkmale (Beamtenstatus bei der Bundesbahn) aufgeführt werden. Daß die Frage des Beamtenstatus durchaus lösbar ist, verdeutlichen die Vorschläge der Regierungskommission Bahn vom Dezember 1991, die Laaser nicht berücksichtigen konnte, die aber in den für die Verkehrspolitik fundamentalen Beschluß des Bundeskabinetts zur Bahn-Strukturreform vom 15. Juli 1992 eingeflossen sind.

Ausführlich und viele Informationen bietend ist auch das 6. Kapitel ausgestaltet, das zeigt, wie seit Jahrzehnten, beginnend mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen, ein sehr effektives Rentseeking betrieben wurde, das nach 1945 bis Ende der 80er Jahre erstaunliche und erschreckende Ausmaße angenommen hat.

Da theoretische Erkenntnisse allein die für Deregulierungsmaßnahmen verantwortlichen Entscheidungsträger nicht zu überzeugen vermögen, ist es sinnvoll, jene Staaten explizit zu analysieren, in denen die diskutierten wettbewerblichen Strukturen auf den Verkehrsmärkten bereits seit vielen Jahren praktiziert werden. Dies ist Gegenstand des 7. Kapitels. Es widmet sich den Erfahrungen in Kanada, Australien, den USA, Großbritannien und der Schweiz. Diese Ländererfahrungsanalysen mit partiell oder total deregulierten Verkehrsmärkten zeigen, daß die regelmäßig von Gegnern einer voll marktwirtschaftlichen Ordnung des Verkehrs vorgebrachten Argumente weder theoretisch noch empirisch haltbar sind.

Einen sehr breiten Raum nimmt die Diskussion alternativer wettbewerblicher Strukturen bei den beiden deutschen Bahnen ein. Laaser plädiert in Übereinstimmung mit der Deregulierungskommission und anderen Gremien für eine faktische (institutionelle) Trennung von Fahrweg (Netz) und Eisenbahnbetrieb sowie für die Zulassung Dritter bei gleichzeitiger Versteigerung der Trassennutzungen durch die



(neutrale) Fahrweginstitution. Vieles spricht in der Tat für eine solche Lösung, zu der sich die Regierungskommission aufgrund ihrer Zusammensetzung und der teilweise starken Interessenabhängigkeiten nicht durchringen konnte. Auch die Beschlußfassung des Bundeskabinetts zur Bahnstrukturreform bleibt weit hinter solchen Vorstellungen zurück. Das vorgesehene Holding-Modell sichert keine Unabhängigkeit der Netzinstitution und wird zu suboptimalen Ergebnissen führen. Laaser spricht sich für eine Erhaltung der Selbständigkeit der Reichsbahn als potentieller Wettbewerber auf dem Netz aus, also für eine Lösung, die politisch nicht ernsthaft diskutiert wurde. Interessant sind auch die Überlegungen Laasers, wie eine Auktionslösung für Trassennutzungsrechte unter Berücksichtigung von Systemangeboten und sog. gemeinwirtschaftlichen Verkehren zu strukturieren wäre. Es ist einsichtig, daß eine reine Auktionslösung den komplexen Trassennutzungsverhältnissen mit sehr unterschiedlichen Nachfragersegmenten und Produkten nicht realisierbar ist. Wenig Raum nimmt bei Laaser in diesem Zusammenhang die Frage ein, wie ein diskriminierungsfreier Netzzugang Dritter zu umschreiben wäre – ein für die Umsetzung der Bahnstrukturbeschlüsse der Bundesregierung und der neuen EG-Richtlinie 440/91 vom Juli 1991 wichtiger Problembereich.

Dem Verfasser ist in fast allen Aussagen zuzustimmen. Die wenigen Kritikpunkte sollen nur kurz erwähnt werden. Die Tabelle 9 (S. 26) ist in ihrem Aufbau unklar; die Beurteilung des sog. ruinösen Wettbewerbs als Folge verzögerten (verhinderten) Marktaustritts (S. 78/79) läßt weitere Faktoren für ein Verbleiben im Markt trotz fehlender Deckung kalkulatorischer Vollkosten außer acht. Ob die generelle Aufhebung des Verbotes, im Werkverkehr für Dritte, also partiell gewerblich, zu transportieren, wirklich zu der vermuteten höheren gesamtwirtschaftlichen Effizienz führt (S. 226), ist zu hinterfragen. Vieles spricht für die Zulassung zum Konzernverkehr, aber vieles auch dagegen, Rücktransporte zu Grenzkosten oder liquiditätswirksamen Kosten im Rahmen des Werkverkehrs zu vermarkten. Dies würde neue Instabilitäten für die gewerblichen Anbieter beinhalten. Ob es sinnvoll und ökonomisch vorteilhaft ist, bei der Trennung von Fahrweg und Eisenbahnbetrieb und der Zulassung Dritter im Personenverkehr auch auf einen Gesamtfahrplan zu verzichten zugunsten mehrerer Fahrpläne der dann zahlreicheren (und konkurrierenden) Bahntransportgesellschaften und die Informationsbeschaffung über zahlreiche Fahrtmöglichkeiten dem Geschick des einzelnen oder den sich dann möglicherweise etablierenden Informationsinstitutionen zu empfehlen (S. 304), vermag nicht zu überzeugen. Man sollte die Transaktionskosten-(Informationskosten-)Argumentation nicht überziehen. Die Alternative des Pkw ohne entsprechende Transaktionskosten sollte nicht durch solche Praktiken in seiner Attraktivität weiter gesteigert werden.

Insgesamt ein theoretisch gut belegtes, interessantes und lesenswertes Buch. Die Grundtendenz ist sehr wettbewerbsfreundlich, gelegentlich sogar extreme Positionen vertretend. Der Verf. selbst geht nicht davon aus, daß es zu einer völligen Veränderung in der Grundausrichtung der deutschen Verkehrspolitik kommt. Er zeigt sich schon zufrieden, wenn im EG-Europa ein mittlerer Weg der Deregulierung eingeschlagen wird, bedeutet doch dies für Deutschland bereits relativ viel mehr Wettbewerb im Verkehrswesen als in der Vergangenheit.

G. Aberle, Gießen

*Braun, Gabriele: Massenmedien und Gesellschaft. Eine Untersuchung über die institutionelle Ordnung eines Kommunikationsprozesses freier Meinungsbildung (Walter Eucken-Institut Freiburg i. Brsg. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 26). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1990. 167 S.*

Die Thematik ist eine sehr anspruchsvolle. Sie macht nämlich zur Aufgabe, die Massenmedien zu der recht schwierig zu fassenden Größe „Gesellschaft“ in Beziehung zu setzen. Die Verfasserin versucht es gedanklich in der Weise zu meistern, daß sie von den Funktionen, welche man den Massenmedien zuordnet, auf die entsprechende Gesellschaftsstruktur schließt. So teilt sie die Literatur im 1. Abschnitt – von den einleitenden Bemerkungen sei abgesehen – in die struktur- und äquivalenz-funktionalistische Analyse ein, zu der unter einem etwas anderen Aspekt noch die integrational-funktionalistische hinzukommt. Sie betrachtet diese äußerst kritisch und hält sie unter dem methodologischen Gesichtspunkt für nicht haltbar. Tautologie, Leerformel, Nirvanavorstellung sind einige Vokabeln, die sie diesen Theorieansätzen vorwirft. Dies geschieht besonders gegenüber der staatsrechtlichen Konzeption von Smend, der sie Kelsens Kritik gegenüberstellt. Alle diese Konzepte werden mit „kollektivistisch“ bezeichnet.

Diesem Abschnitt stellt sie einen 2. (Eine wirtschaftswissenschaftliche Erklärung) gegenüber. Gemeint ist damit der methodologische Individualismus, wie er von Hayek und Popper vertreten wird. Selbstregulierung, spontane Ordnung, Musteraussagen im Sinne der Theorie der komplexen Phänomene versus nomothetische Zuordnung sind einige bekannte Stichworte der Hayekschen Sehweise, die für die V. die geistige Basis bildet. Daraus ergibt sich auch der Standort für die Massenmedien und zwar der Markt für freie Ideenbildung (free market place of ideas).

Diese Darstellung der Beziehungen zwischen Massenmedien und jeweiliger Gesellschaftsstruktur macht rund  $\frac{2}{3}$  der Abhandlung aus. Es bleibt daher noch knapp  $\frac{1}{3}$  für den eigentlichen ökonomischen Teil, der den Markt für Medien behandelt. Hier setzt sie sich mit dem Argument des sogenannten Marktversagens auseinander, u. a. mit dem Argument der economies of scale bzw. scope, nach welchem der Konkurrenzkampf zwangsläufig in ein Monopol ausmünden muß. Es ist auffallend, mit welcher Hartnäckigkeit in der Literatur immer noch die perfect competition als Leitgedanke herumgeistert. Dementsprechend ist man sich offenbar in der angelsächsischen Schulliteratur noch nicht ausreichend bewußt, daß bei heterogenen Leistungen, wie es bei Massenmedien der Fall ist, die polypolistische und selbst auch die oligopolistische Verhaltensweise zu Gleichgewichtslagen führt, ohne die Marktform zu ändern. Es ist erstaunlich, wie diese These in der nicht unproblematischen Wohlfahrtstheorie inzwischen zu einem Ritual geworden ist. Hier hätte die berechtigte Kritik der V. an der Theorie des Marktversagens noch durchschlagender sein können, wenn sie nicht nur auf die angelsächsische Literatur in markttheoretischer Hinsicht abgestellt hätte.

Auf einer anderen Ebene bewegt sich der Anspruch der öffentlichen Medien, gegenüber dem privaten Fernsehen für ein höheres Niveau zu sorgen. Die Wirklichkeit in der Bundesrepublik belehrt einen eines anderen. Wenn ARD etwas anspruchsvollere Sendungen in die Mitternachtszeit verlegt und die breite Unterhaltungsproduktion in die begehrte Abendzeit fällt, so handelt sie wie eine private Fernsehanstalt nach dem Prinzip der Opportunitätskosten, indem sie die attraktiven Abendzeiten für diejenige Nachfrage reserviert, welche die höchste Einschaltquote bringt.

Damit wäre auch die Antwort auf den gängigen Vorwurf der fehlenden Vielfalt gegeben, den man gern dem privaten Fernsehen macht. Sie beruht auf der Knappheit



der Sendezeit, die bei einem technisch bedingtem Leitungsmonopol zwangsläufig gegeben ist. Sobald diese nicht mehr besteht, wird bei privatem wie auch öffentlichem Fernsehen auch diejenige Nachfrage zu einer akzeptablen Zeit befriedigt, die vorher nur zur Mitternachtszeit berücksichtigt wurde.

Auch hier hätte die V. einige zusätzliche Akzente setzen können, die über das hinausgehen, was sie kritisch gegenüber den landläufigen Meinungen auf diesem Gebiet darlegt.

Bei der Lektüre dieses Buches stellt man auf jeder Seite das Engagement der V. fest. Offenbar hat sich auf sie das ihres Doktorvaters übertragen, indem man bei gewissen Partien sogar vermeint, nicht sie, sondern Hoppmann zu lesen. Die gedankliche Schärfe, verbunden mit einer gewissen Polemik, charakterisiert diese Arbeit. So wäre es z. B. glücklicher gewesen, Autoren, die nicht vom individualistischen Ansatz ausgehen, nicht mit „kollektivistisch“ zu etikettieren, sondern als Vertreter der ganzheitlichen Betrachtungsweise. Da diese Bezeichnung politisch weniger belastet ist, macht sie auch den Blick für einige eher triviale Sachverhalte frei. Bei der recht fruchtbaren Unterscheidung Hayeks zwischen konstruktivistischem und evolutionärem Rationalismus sollte man sich vor Augen halten, daß die großen Kodifikationen um 1800 auf der naturrechtlichen Grundkonzeption beruhen und daher zwangsläufig konstruktivistischer Art sind. Ebenso gilt dies für die heutige Gesetzgebung, ganz zu schweigen vom neuen EG-Vertrag von Maastricht. Selbstverständlich weiß die V. davon. Freilich läßt sich dies dann nicht mit zwei Fußnoten abtun, wenn die ganze Systematik ihrer Ausführungen auf diesem Antagonismus aufbaut.

Das Analoge gilt für den Terminus „Integration“, den sie mit „Leerformel“ abtut. Hier ist daran zu erinnern, daß der einzelne Mensch in eine bestimmte soziale Umwelt integriert ist, die sich u. a. darin zeigt, daß dem Zusammenleben unter den betreffenden Menschen ein gewisses Grundverständnis zugrunde liegt. Dadurch wird vermieden, daß es im intermenschlichen Verkehr laufend zu Mißverständnissen kommt, die sich dann leicht einstellen, wenn der kulturelle Hintergrund der betreffenden Menschen zu unterschiedlich ist. Was das bedeutet, braucht im wiedervereinigten Deutschland nicht dargelegt zu werden. In der Regel ist es die gemeinsame Geschichte der Menschen innerhalb einer politischen Gemeinschaft, welche die Menschen prägt und ihnen dadurch eine gemeinsame Erfahrungsbasis gibt. Anders verhält es sich bei Einwanderungsstaaten, wie es bis zum 1. Weltkrieg für die Vereinigten Staaten gegolten hat und heute für Israel zutrifft. Hier ist die Integration eine politische Aufgabe, die primär den Schulen aufgegeben wird. Hieraus erklärt sich, warum in solchen Ländern auf den Sozialisierungsprozeß in den Schulen ein so großer Wert gelegt wird. Vielleicht mag es auch darauf zurückzuführen sein, warum in der amerikanischen Literatur den Massenmedien eine solche Integrationsfunktion zugeschrieben wird. Unter diesem Gesichtspunkt hat die V., so sehr der Rezensent ihr in der Sache als solcher zustimmt, die Dinge überpointiert.

In diesem Zusammenhang seien noch einige Bemerkungen hinzugefügt, die über das hinausgehen, was mit einer Buchbesprechung verbunden wird, und zwar betrifft es die Literatur auf diesem Gebiet. So hat die V. eine recht umfangreiche Literatur durchgearbeitet, die sich auf ca. 270 Publikationen beläuft. Sieht man von den Klassikern des 18. Jahrhunderts ab, so fallen alle mit ein, zwei Ausnahmen in die Nachkriegszeit, von denen wiederum der größte Teil in den letzten Jahrzehnten erschienen ist. Daraus darf gefolgert werden, daß keiner der Verfasser (Smend fällt selbstverständlich unter diese Ausnahme) eine persönliche Anschauung von der Zeit vor dem 1. Weltkrieg hat, also von einer Zeit, in welcher es noch keinen Rundfunk und natürlich auch kein Fernsehen gegeben hat und dementsprechend die Zeitungen das einzige

sogenannte Massenmedium gewesen sind. Damals wäre man allerdings nicht auf den abenteuerlichen Gedanken gekommen, diesen Massenmedien eine öffentliche Aufgabe zuzuordnen, u. a. die der Integration, also z. B. die Vossische Zeitung und der Vorwärts als Integrationskräfte! Statt dessen trifft genau das zu, was die V. mit dem offenen Markt der Meinungsbildung bezeichnet. Allerdings wäre damals eine solche Feststellung als eine Trivialität empfunden worden. Bekanntlich brachte die Erfindung des Rundfunks und später des Fernsehens ein technisches Leitungsmonopol bzw. ein Leitungsoligopol mit sich. Als man deswegen glaubte, aus diesen Medien eine öffentliche Anstalt machen zu müssen, so war dies selbstverständlich für ein demokratisches Staatswesen eine Notlösung, da ja die eigene Meinungsbildung Sache der Bürger und nicht des Staates ist. Nachdem sich aber in letzter Zeit die Technik in umgekehrter Richtung entwickelt hat, hätte man erwarten sollen, daß der früher von der Technik künstlich aufgezwungene Zustand so schnell wie möglich rückgängig gemacht und der frühere Zustand wieder hergestellt wird. Die Tatsache, daß es heute in nicht autoritären Systemen noch öffentliche Medien gibt, die sich anmaßen, eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen, zeugt von einem recht bedenklichen Demokratieverständnis und erinnert eher an den Landesvater, der seinen Landeskindern das an geistiger und politischer Kost zukommen läßt, was er als bekömmlich für sie hält. Nachdem heute nicht mehr l'état c'est moi gilt, ist es der Staat, der an die Stelle des Königs getreten ist. Letztendes geht es der V. um diese Frage, und wenn ihre Antwort eindeutig ausfällt, so sollte diese für die heutige politische Wirklichkeit eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, für die kein Hayek erst herangezogen werden müßte.

E. Heuß, Erlangen - Nürnberg

*Pilgrim*, Markus: Sparkapitalbildung in Entwicklungsländern. Eine Analyse der finanziellen Infrastruktur der Dominikanischen Republik (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Abteilung A.: Wirtschaftswissenschaft 146). Duncker & Humblot, Berlin 1992. 196 S.

Es ist gut, daß wieder einmal ein deutscher Verfasser eine empirische Arbeit zum Finanzwesen in Entwicklungsländern vorgelegt hat. Insbesondere ist erfreulich, daß sich die Untersuchung von Pilgrim der Thematik der Ersparnismobilisierung widmet, die Robert Vogel im Titel eines sehr bekannten Aufsatzes als „the forgotten half of rural finance“ bezeichnet hat.

Der Begriff „Sparkapital“ wird von Pilgrim im Sinne von Einlagen des Publikums bei Finanzinstitutionen des formellen Finanzsystems verwendet. Aus der Sicht der Kunden ist „Sparkapitalbildung“ entsprechend definiert als der Aufbau von Finanzvermögen in der Form von Guthaben bei Finanzintermediären, die der speziellen bank- und finanzwirtschaftlichen Regulierung und Aufsicht unterliegen (S. 34). Aus der Sicht der Finanzinstitutionen bezeichnet man denselben Vorgang als Ersparnismobilisierung. Diese – übliche – Begriffsbildung legt nahe, zwei Entscheidungen zu trennen, nämlich die Entscheidung darüber, welcher Teil des Einkommens nicht konsumiert, sondern gespart und zwangsläufig in irgendeiner Form „investiert“ wird, und die Entscheidung, in welcher Form Ersparnisse gehalten werden. Die Anlage bei formellen Finanzinstituten konkurriert dabei mit dem Sparen in der Form von Realvermögen (insbesondere Hausbau), von Bargeldhaltung, von direkter und informeller Kreditgewährung (insbesondere an Familienmitglieder und Freunde) und von Einlagen bei Finanzintermediären des in der Dominikanischen Republik so genannten „sector formal non-regulado“, d. h. insbesondere den zahlreichen „Financieras“.



Unterscheidet man gedanklich die Konsum-Spar-Entscheidung und die Sparform-Entscheidung, dann wird deutlich, daß ein eventuelles Bemühen von Finanzinstituten – und erst recht das neuerdings heftige Bemühen von Entwicklungsexperten und -institutionen – um Sparkapitalmobilisierung viel stärker die zweite als die erste Frage betrifft. Sie steht auch im Zentrum der Arbeit von Pilgrim. Die Unterscheidung wird allerdings im empirischen Teil der Arbeit konsequenter durchgehalten als im theoretischen Teil.

Die vorliegende Arbeit, die zugleich eine Göttinger Dissertation aus dem Jahre 1990 darstellt, umfaßt fünf Kapitel. Auf die Einleitung und Problemstellung (Kapitel 1) folgt ein knappes, aber instruktives zweites Kapitel über die Bedeutung der „finanziellen Infrastruktur im Entwicklungsprozeß“. In den ersten beiden Kapiteln wird die etwa im Weltentwicklungsbericht von 1989 vertretene Auffassung wiedergegeben, daß Kapitalbildung eine unverzichtbare Wachstumsbedingung ist, daß inländische Ersparnis angesichts der Verschuldungsproblematik wichtiger geworden ist und daß ein gutes System der Finanzintermediation die Spar- und die Investitionsneigung verstärkt und insbesondere dazu beiträgt, daß Ersparnisse als investierbares Kapital dorthin gelenkt werden, wo sie am besten verwendet werden können. Andere Funktionen des Finanzsystems werden vom Verfasser ebensowenig angesprochen wie Alternativen zu dem „debt-intermediation-view“ (Gurley/Shaw). Aus der theoretischen Grundlegung ergibt sich, daß Ersparnismobilisierung nur instrumental gesehen wird: Sie soll ein makroökonomisch definiertes Wachstum stärken. Ersparnisse sind der Rohstoff, aus dem das Finanzsystem (gute) Kredite produziert (S. 22). Eine eigenständige Bedeutung der Ersparnismobilisierung im Sinne eines Leistungsangebots der Banken an ihre Kunden, die attraktive Möglichkeiten der Geldanlage suchen, wird mit dieser Sicht zwar nicht explizit ausgeschlossen, sie wird aber nicht einmal angedeutet.

Das ausführliche dritte Kapitel ist der Bank-, Geld- und Kapitalmarktpolitik im allgemeinen und speziell der in der Dominikanischen Republik verfolgten Politik der „finanziellen Repression“ gewidmet. Pilgrim arbeitet sehr sorgfältig und systematisch heraus, daß vor allem Zinsfixierungen und sehr hohe Steuern auf Finanzintermediation in der üblichen Form unverzinslicher Mindestreserven schuld daran sind, daß die Banken nicht fähig und nicht willig sind, mehr Sparkapital zu mobilisieren. Eine Folge der repressiven Politik ist das Ausweichen der Sparer auf den Sektor der Finanzierungsgesellschaften, die nur den Vorschriften des Gesellschafts- und Handelsrechts, nicht aber denen des speziellen Bankrechts unterliegen.

Im vierten Kapitel werden die Hauptergebnisse einer eigenen empirischen Untersuchung des Sparverhaltens privater Haushalte vorgestellt und diskutiert. In diesem Kapitel setzt der Verfasser – völlig zu recht – voraus, daß es auch unter der ärmeren Bevölkerung eine gewisse Sparfähigkeit gibt. Fast 40% der befragten ca. 700 Haushalte haben mindestens ein Bankkonto, auf dem sie mehr oder minder große Einlagen halten. „Der typische Depositsparer ... ist vorwiegend im städtischen Dienstleistungs- oder Handelssektor angestellt, hat eine weiterführende Schulbildung vorzuweisen, bezieht ein höheres Einkommen und ist vergleichsweise vermögend“ (S. 93). Das ist nicht verblüffend, aber es ist auch wichtig und verdienstvoll, erwartbare Ergebnisse methodisch sauber zu belegen.

Weniger eindeutig, zugleich auch erstaunlicher, erscheinen die Umfrageergebnisse zu „Sparmotiven und Bankauswahlkriterien“. Es wird behauptet, daß „das Sparmotiv des Zinsertrages nur eine marginale Rolle spielt“, sei es weil die Sparer wirklich nicht am Zinsertrag ihrer Ersparnisse interessiert sind, sei es weil sie angesichts der deutlich negativen Realzinsen auf Depositen ohnehin nur ihre Liquiditätsreserven bei der Bank halten (S. 94). Was der wirkliche Grund ist, ist eine sehr wesentliche Frage,

denn die Zinselastizität des Sparaufkommens im formellen Finanzsystem bestimmt, wie sich eine Aufhebung der finanziellen Repression auswirken würde. Pilgrim vermutet, daß die Kleinsparer wirklich nicht zinsbewußt sind, und stützt dies mit Umfrageergebnissen. Hier scheint dem Rezensenten die Grenze der Aussagefähigkeit von Befragungen überschritten: Wenn eine Befragung keine Hinweise auf ein ausgeprägtes Zinsbewußtsein ergibt, heißt dies keinesfalls, daß die Befragten nicht durchaus ihre Vermögensdisposition ändern würden, wenn ihnen höhere Zinsen geboten würden. Es ist sehr schwer, die Zinselastizität der Nachfrage nach „deposit facilities“ durch Fragen nach Motiven aufdecken zu wollen. Dazu hätte man zumindest hypothetische Fragen über Anlageentscheidungen stellen müssen. Besser noch wäre es, auf die Gesamtheit der Finanzdispositionen der Haushalte abzustellen. Vielleicht wäre es auch möglich gewesen, Erfahrungen von Finanzinstitutionen mit einer flexibleren Zinspolitik – etwa die der „Financieras“ oder der Kooperativen – zur Beurteilung der Zinselastizität des Sparaufkommens heranzuziehen. Ähnliche methodische Bedenken richten sich gegen die empirische Erfassung des Verhältnisses von Real- zu Finanzsparen. Hier hätte der Verfasser aus seinen interessanten Befunden sicher mehr an ökonomischem Gehalt herausziehen können. Eine stärkere Einbindung seiner Befragung in eine Theorie der Finanzdispositionen eines typischen Haushaltes in einem Land wie der Dominikanischen Republik hätte die insgesamt interessanten Befragungsergebnisse vermutlich wissenschaftlich noch aufschlußreicher und zugleich praktisch nützlicher gemacht: Wirtschaftspolitiker und Bankmanager wären vermutlich besser in der Lage, das Sparaufkommen des formellen Finanzsystems zu steigern, wenn sie Anhaltspunkte dafür hätten, warum die Sparer sich so verhalten, wie sie es tun.

Das fünfte und abschließende Kapitel verbindet Zusammenfassung und Empfehlungen zur „Steigerung der inländischen Sparkapitalbildung“ (S. 121). Zuerst werden, die Ergebnisse des dritten Kapitels aufgreifend, Maßnahmen zur Liberalisierung und Modernisierung des Finanzsystems diskutiert. Danach werden Maßnahmen auf der Ebene einzelner Finanzinstitutionen erörtert. Der Verfasser geht dabei davon aus, daß von der durchaus beträchtlichen Gesamtersparnis ein größerer Teil zu den Banken kanalisiert werden könnte, wenn diese sich etwas kundenfreundlicher verhielten.

Die vorliegende Arbeit ist gut strukturiert und gut geschrieben. Insbesondere durch die eigene Erhebung stellt sie einen wertvollen Beitrag zur Literatur dar, zumal die Forschung zu Fragen der Ersparnismobilisierung noch in den Kinderschuhen steckt. Ein Problem der Arbeit ist, daß die Kapitel 3, 4 und 5 nicht genug miteinander verknüpft sind. Wie sich Fragestellung und Methodik der empirischen Untersuchung aus der vorangehenden Diskussion der finanziellen Repression in der Dominikanischen Republik ergeben, bleibt unklar. Im Kapitel 4 dominiert das Bemühen um Deskription über den Versuch, Antworten auf gezielte Fragen zu finden. Die zentrale Frage wäre die, wie sich eine finanzielle Liberalisierung auf das Sparaufkommen, auf die Situation der Finanzinstitutionen und auf die Vermögensdispositionen der nicht-finanziellen Sektoren auswirken würde. Aber auch unter einer einzelwirtschaftlichen Perspektive steht das Kapitel 4 etwas isoliert da. Man erkennt dies daran, daß die – für sich genommen sehr sinnvollen – Empfehlungen im Kapitel 5, die sich an Banken richten, kaum Ergebnisse aus dem Kapitel 4 verwerten können, weil diese Ergebnisse nicht spezifisch genug sind.

Wie viele Arbeiten zum Thema „Sparen in Entwicklungsländern“ beruht auch die vorliegende auf der normativen Prämisse, daß mehr Sparkapitalmobilisierung wünschenswert ist. Die Prämisse wird aber nicht diskutiert. Vielmehr wird die explizit gemachte und durchaus plausible Annahme, daß mehr Ersparnis im Sinne einer *höheren Sparquote* aus dem Einkommen wünschenswert ist, zumal wenn die Ersparnisse



durch ein *effizientes* Finanzsystem zu Investoren kanalisiert werden, umgedeutet in eine Aussage über die Vorzüge von *Ersparnismobilisierung* innerhalb eines *gegebenen* Finanzsystems. Der gängige Appell zur Ersparnismobilisierung betrifft weniger Ströme als Bestände: Statt „Spare mehr!“ heißt er: „Spare anders, spare bei den Banken, schichte Dein Vermögen zugunsten von Depositen um!“ Ist die Wünschbarkeit der Vermögensumschichtung erst einmal suggeriert, kann dann im folgenden analysiert werden, warum das Finanzsystem so wenig erfolgreich bei der Mittelmobilisierung ist. Aber es sind genau diese Schwächen des Finanzsystems, die den Rat zur Vermögensumschichtung fraglich machen: Kann man denn bei einem so pervertierten Finanzsystem wie dem der Dominikanischen Republik damit rechnen, daß die Umschichtung von Beständen zugleich zu einer Verbreiterung der Ströme – Sparquote, Investitionsquote und Erträge aus Investitionen – führen würde? Vermutlich nicht. Es geht aber nicht nur um makroökonomische Ziele und Variablen, sondern um konkrete Menschen und ihre Finanzdispositionen: Ist es vertretbar, wenn Entwicklungsexperten, Wirtschaftspolitiker und Bankmanager die aktuellen und potentiellen Bankkunden dazu überreden wollen, Bankeinlagen zu bilden oder zu erhöhen und dafür Realvermögen zu liquidieren – das sprichwörtliche Sparschwein zu schlachten – und den informellen Kredit an den Schwager oder Neffen zurückzufordern? Auch diese Frage ist mit Nein zu beantworten: Die Ineffizienz und Instabilität des Finanzsystems, die negativen und zudem sehr variablen Realzinsen auf Depositen, hohe Transaktionskosten und die beträchtliche Inflationsgefährdung von Finanzvermögen lassen das Vor-Urteil für Depositensparen in Einzelfällen wie dem der Dominikanischen Republik mit ihrem besonders archaischen Finanz- und Geldwesen kaum vertretbar erscheinen. Warnen statt ermuntern wäre geboten! Pilgrims Empfehlungen in Richtung einer Liberalisierung des Finanzsystems und einer Konsolidierung des Geldwesens sind richtig, aber sie sind falsch eingeordnet: Liberalisierung und Konsolidierung sind nicht, wie er es darstellt, geeignete *Mittel*, um die ohnehin sinnvolle Mobilisierung von Ersparnissen zu erleichtern, sondern sie sind *Voraussetzungen* dafür, daß die Mobilisierung von Ersparnissen überhaupt sinnvoll sein und empfohlen werden kann.

In gleichem Sinne ist auch die Rolle der Ersparnismobilisierung aus der Sicht der Banken anders zu deuten, als es bei Pilgrim und in weiten Teilen der Literatur geschieht: Die Mobilisierung von Ersparnissen ist nicht in erster Linie als Beschaffung des Rohstoffes zur Erstellung von Krediten wichtig, sondern als „Passivgeschäft“, d. h. als Angebot einer Bankleistung, die für die Bank *und* für die Kunden wertvoll ist, die die Kunden nachfragen und für die sie in der Form eines gewissen Zinsverzichtes im Vergleich zu einem „Gleichgewichtszins“ auch zu bezahlen bereit sind. Es ist weit mehr als eine Akzentverschiebung, wenn man statt von „Sparkapitalmobilisierung“ von einem guten Angebot der Banken im Passivgeschäft spricht. Das ist nämlich die „vergessene Hälfte“ in Robert Vogels oben genannten Titel. Das Buch von Pilgrim nähert sich dem richtigen Thema, ohne ihm aber schon nahe genug zu sein.

R. H. Schmidt, Frankfurt a. M.

*Kantzenbach, Erhard/Kruse, Jörn: Kollektive Marktbeherrschung (Wirtschaftspolitische Studien, Heft 75). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989. 151 S.*

Die Studie von Kantzenbach und Kruse wurde bereits 1987 im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften erstellt und 1989 in der Reihe wirtschaftspolitische Studien aus den Instituten für Europäische Wirtschaftspolitik und für Industrie- und Gewerbepolitik der Universität Hamburg veröffentlicht. Von der

Generaldirektion Wettbewerb war die Frage gestellt worden, ob die Mißbrauchsaufsicht des Art. 86 EWGV im Hinblick auf marktbeherrschende Oligopole nicht unzureichend sei und ob das Phänomen der kollektiven Marktbeherrschung nicht unmittelbar zum Eingriffstatbestand der Wettbewerbspolitik gemacht werden sollte. Das Ergebnis der Studie sei hiermit vorweggenommen: die Verfasser konnten der in der Frage formulierten Anregung nicht folgen. Sie schlagen statt dessen vor, eine europäische Zusammenschlußkontrolle einzuführen. Die Zusammenschlußkontrolle auf Gemeinschaftsebene ist mit der am 21. 12. 1989 verabschiedeten und am 21. 9. 1990 in Kraft getretenen VO Nr. 4064 inzwischen Wirklichkeit geworden.

Aufgrund des dargestellten historischen Ablaufes könnte der Eindruck entstehen, daß die von der Generaldirektion Wettbewerb gestellte Frage beantwortet sei, daß die Thematik nunmehr abgeschlossen sei und daß sich eine weitere Auseinandersetzung mit der Arbeit der Verfasser erübrige. Bereits ein kurzer Blick in die Studie von Kantzenbach und Kruse zeigt jedoch, daß dem nicht so ist. Zunächst ist den Verfassern zuzustimmen, wenn sie ausführen, daß die kollektive Marktbeherrschung „eines der schwierigsten Probleme der aktuellen Wettbewerbspolitik“ (S. 1) darstellt. Zum anderen ist zu konstatieren, daß sie ihr Thema sehr breit und theoretisch fundiert angehen, daß sie dabei das gesamte Spektrum des in der industrieökonomischen Forschung gängigen Struktur-Verhaltens-Ergebnis-Konzeptes ausleuchten und daß sie vor allem dem Phänomen der Kollusion im Oligopol und dem Problem der Markteintrittsbarrieren breiten Raum widmen.

Im Kapitel 1 geben die Verfasser zunächst einen Problemaufriß und sie legen ihren Beurteilungsmaßstab, die dynamische ökonomische Effizienz, dar. Obwohl sich generelle Aussagen über die Verhaltensweisen und Marktergebnisse gerade in engen Oligopolen nicht treffen lassen (S. 13 f.), gehen die Verfasser doch von der grundlegenden Hypothese aus, daß die Aufrechterhaltung solcher Strukturen „in aller Regel eine Schwächung marktlicher Funktionsmechanismen“ (S. 9) bedeutet, da marktbeherrschende Unternehmen die Möglichkeit haben, Konkurrenten zu disziplinieren und gegenüber Marktpartnern vorteilhafte Konditionen durchzusetzen (Vgl. S. 8), vor allem wenn es ihnen gelingt, durch effektive Kollusion den Wettbewerb zu beschränken und ihre Position durch Errichtung von Markteintrittsbarrieren abzusichern (Vgl. S. 15). Damit sind die beiden Zentralthemen der Studie, nämlich Kollusion und Marktzutrittschranken, angesprochen.

In den Kapiteln 2 und 3 wird dem Phänomen der Kollusion und seinen marktstrukturellen Bestimmungsfaktoren nachgegangen. Dabei wird zunächst zwischen expliziter und impliziter Kollusion unterschieden. Anschließend werden anhand der exemplarischen Phänomene der Preis-, der Kapazitäts- und der Marktschrankenkollusion erste Überlegungen bezüglich der Stabilität der Kollusion bzw. ihres möglichen Unterlaufens durch einzelne Teilnehmer (das sog. „Cheating“) vorgetragen und danach vertieft erörtert. Die Frage nach der Kollusionswahrscheinlichkeit in Abhängigkeit von diversen Marktstrukturfaktoren wird diskutiert und letztlich in der Weise beantwortet, daß sie

- mit sinkender Anbieterzahl zunehme (S. 42 ff.),
- mit sinkender Preiselastizität der Marktnachfrage steige (S. 45 ff.),
- mit dem Umfang der Irreversibilitäten langlebiger Produktionsanlagen zunehme (S. 49 ff.),
- mit dem Umfang der Überkapazitäten, aber auch mit steigender Marktdynamik zurückgehe (S. 54 ff.)
- und schließlich mit zunehmender Enge der Branchenstruktur steige (S. 57 f.).

Vgl. dazu auch die Zusammenfassung auf S. 58 f.



Nach einem Exkurs über das Konzept der Irreversibilität widmen sich die Verfasser in Kapitel 4 speziell den Markteintrittsbarrieren als Bestimmungsgrund der Kollisionswahrscheinlichkeit. Der häufig formulierten These, daß ein freier Marktzutritt von zentraler Bedeutung für die Effizienz marktlicher Prozesse sei, schließen sich die Verfasser mit der Aussage an, daß Markteintrittsbarrieren zwar noch keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Bedingung für Kollusion darstellen. Sie untersuchen detailliert die verschiedenen Arten von Marktschranken, nämlich die institutionellen, die strategischen und insbesondere die natürlichen, welche ihrerseits auf Irreversibilitäten, Scale Economies, Informationsmängeln, absoluten Kostennachteilen u. a. beruhen, die sich aber für Brancheninsider gegenüber Außenstehenden als weniger hoch erweisen.

In Kapitel 5 stellen die Verfasser die Frage nach der empirischen Evidenz, d. h. sie prüfen, „ob sich generelle empirische Zusammenhänge zwischen dem Strukturmerkmal Konzentration, dem Verhaltensmerkmal Kollusion und dem Ergebnismerkmal Effizienz feststellen lassen“ (S. 102). Sie fahren fort: „Da für das Verhaltensmerkmal der Kollusion ... keine hinreichend systematischen und operationalen Daten erhoben werden, kommt für eine quantitative Untersuchung nur der direkte Struktur-Ergebnis-Zusammenhang in Frage. Das naheliegende Marktergebniskriterium ... ist die allokativ Effizienz, für die die Höhe des Gewinns in der Regel ein brauchbares Indiz liefert“ (S. 102). Nach einigen weiteren einschränkenden Bemerkungen referieren die Verfasser die einschlägigen früheren und jüngeren Untersuchungen mit dem bekannten Ergebnis, daß weniger die Marktkonzentration, sondern eher der individuelle Marktanteil der Unternehmungen der dominierende Faktor für die Gewinnhöhe zu sein scheint. Vor dem Hintergrund diverser methodischer Kritik an den vorhandenen Untersuchungen gelangen die Verfasser zu dem Ergebnis, „daß die empirische Evidenz keine große quantitative Relevanz der Kollusion nahelegt“ (S. 117).

Nach einem kurzen Überblick über die wettbewerbsrechtliche Behandlung der kollektiven Marktbeherrschung im amerikanischen, deutschen und EG-Wettbewerbsrecht (Kapitel 6) formulieren die Verfasser ihre wettbewerbspolitischen Folgerungen in Kapitel 7. Da es naheliegend sei, Kollusion mit dem Mittel der Verhaltenskontrolle zu bekämpfen, sei die Wettbewerbspolitik diesem Weg bereits gefolgt und hier letztlich an ihren Grenzen (Verbot abgestimmten Verhaltens) angelangt. Eine Ausdehnung der Verhaltenskontrolle sei nicht zu empfehlen. Da die Marktergebniskontrolle (Ausbeutungsmißbrauch) erhebliche konzeptionelle und praktische Schwierigkeiten aufwerfe, sei auch eine Ausweitung der Mißbrauchsaufsicht nicht zu empfehlen. Demgegenüber gelte es, bereits bei der Entstehung der marktstrukturellen Voraussetzungen für kollusives Verhalten anzusetzen und eine Zusammenschlußkontrolle zu installieren.

Die lesenswerte Studie von Kantzenbach und Kruse macht die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der derzeitigen industrieökonomischen Forschung und ihrer wettbewerbspolitischen Interpretationen in augenfälliger Weise deutlich: Sie zeigt einerseits, daß es möglich ist, die potentiellen Zusammenhänge zwischen zahlreichen Marktstrukturfaktoren und diversen Formen von Marktverhalten intelligent zu hinterfragen und dabei theoretisch gut begründete und auch einleuchtende Antworten zu geben. Über ihre ersten Ansätze, bei denen nur vage über den Einfluß der Zahl der Anbieter auf den Wettbewerb spekuliert wurde, ist die Industrieökonomik weit hinausgekommen. Andererseits ist es schon erwähnenswert und anzuerkennen, wie häufig die Autoren ihre eigenen Positionen in Frage stellen und relativieren. Die Aussage „Grundsätzlich sollte man sich von der Vorstellung lösen, daß zwischen der Marktstruktur und dem Marktverhalten deterministische Beziehungen bestünden“ (S. 40) weist zentral auf die Grenzen eingängiger Struktur-Verhalten-Ergebnis-Schlußfolge-

rungen hin. Auch die überaus vorsichtige Position der Autoren bezüglich der wettbewerbspolitischen Schlußfolgerungen aus ihrer Studie spricht für sich. Potentiellen Kritikern an ihrer Vorgehensweise wären die Autoren aber wohl weiter entgegengekommen, wenn sie noch deutlicher auf die zentralen Schwächen einer derartigen, rein ökonomisch orientierten Analyse hingewiesen hätten. Vor allem die Frage einer operationalen Definition von dynamischer Effizienz sowie das mit jeder Marktanalyse aufgeworfenen Marktabgrenzungsproblem sind zu nennen. Hinzu kommen die eklatanten Schwächen der einschlägigen empirischen Tests. Angesichts zahlreicher komplexer Rück- und Wechselwirkungen ist der immer wieder getestete Konzentration-Gewinn- bzw. Größe-Gewinn-Zusammenhang letztlich sehr wenig aussagefähig.

K. Herdzina, Hohenheim

*Giersberg, Karl-Wilhelm: Innovative Lösungen der Schuldenkrise. Der Beitrag des Sekundärmarktes für Länderschulden zur Bewältigung der Schuldenkrise (Schriften zur Nationalökonomie, Bd. 6). Verlag P.C.O, Bayreuth 1991. 212 S.*

Der vorliegende Band beschäftigt sich mit dem möglichen Beitrag des Sekundärmarktes für Länderschulden zur Lösung der internationalen Schuldenkrise. Die Schrift gliedert sich in vier Hauptteile. Zunächst widmet sich der Autor kurz der Darstellung historischer Schuldenkrisen sowie den Entstehungsgründen und dem Verlauf der derzeit virulenten Verschuldungsprobleme. In einem zweiten Kapitel geht er auf Sekundärmarktinstrumente sowie die Motivation von Gläubigern und Schuldner ein, sich ihrer zu bedienen. Als Abschluß dieses Kapitels folgt eine kurze Darlegung aktueller empirischer Befunde bezüglich des Sekundärmarktes für Länderschulden. Im dritten Abschnitt werden volkswirtschaftliche Implikationen einer erweiterten Nutzung des Sekundärmarktes für die Schuldnerländer (Zahlungsfähigkeit, monetäre Effekte, Investitionsvolumen, Zwang zur wirtschaftlichen Anpassung) diskutiert. Ferner werden die Folgen für das Kreditvergabeverhalten der einzelnen Bank sowie der Einfluß auf das Bankensystem insgesamt dargestellt. Der abschließende vierte Teil bringt Überlegungen zum möglichen Beitrag des Sekundärmarktes zur Lösung der Schuldenkrise. Diese erhofft sich der Autor einerseits von Anreizwirkungen (Bereitstellung von Sicherheiten, verbesserte Nutzung komparativer Vorteile, Schaffung von klaren Rahmenbedingungen), die seiner Ansicht nach vom Einsatz von Sekundärmarktinstrumenten ausgehen. Andererseits soll die Individualisierung der Schuldverhältnisse (im Gegensatz zum derzeitigen bilateralen Monopol – hie Bankenkonkordatium, da Regierung des Schuldnerlandes) in Verbindung mit Forderungsverzichten der Gläubiger letztlich beiden Seiten einen vorteilhafteren Ausweg aus der Schuldenkrise eröffnen.

Ohne Zweifel liegen die Stärken der Untersuchung in ihrem zweiten Teil. Hier werden die Sekundärmarktinstrumente Schuldenhandel, Schuldenumwandlung und Verbriefung von Forderungen detailliert besprochen. Dabei spielen sowohl die Analyse der Ausgestaltungsmöglichkeiten einzelner Instrumente als auch der Handelsusancen auf dem Sekundärmarkt eine Rolle. Schließlich geben die Betrachtungen zu Nutzungsmöglichkeiten dieser Instrumente einen Einblick in die Motivation von Schuldner und Gläubiger, sich dieser Innovationen zu bedienen. Dabei läßt sich in einer groben Annäherung sagen, daß der Hauptnutzen für die Schuldnerländer einerseits in der Schuldenstreichung besteht, die im Zusammenhang mit Schuldenumwandlung und Verbriefung praktiziert wird. Andererseits sind die möglichen investitionsfördernden Wirkungen hervorzuheben, die vor allem im Zusammenhang mit der Schuldenumwandlung auftreten (besonders im Falle der Debt-Equity-Swaps). Für



die Gläubigerbanken dürfte besonders die Möglichkeit der Reallokation ihrer Forderungsbestände attraktiv sein. Sie erlaubt ihnen die Nutzung komparativer Vorteile bei der Verwertung nunmehr in größerem Maße handelbarer Forderungen. So entstehen Effizienzgewinne, die aus Forderungsverzichten entstandene Verluste wenigstens teilweise kompensieren können. Kritik trifft diesen Teil allenfalls insoweit, als er auf einen Versuch verzichtet, die Einzelkenntnisse bezüglich der mikroökonomischen Eigenschaften der diskutierten Instrumente theoretisch schärfer zu fassen. Vermutlich ließen sich die Argumente, die der Autor zusammenträgt, mit Hilfe der Transaktionskosten- und auch der neueren Institutionenökonomie besser in einen einheitlichen Zusammenhang stellen. Zumindest böte sich hier ein weites Feld für eine eher theoretisch orientierte Arbeit zum Thema Schuldenkrise.

Weniger als der zweite Hauptteil können die weitergehenden Überlegungen des dritten Hauptteiles bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des Sekundärmarktes für Länderschulden befriedigen. Zunächst sind hier einige kleinere Unstimmigkeiten zu konstatieren. Das Argument z. B., daß „(solange) ein Nachfrageüberhang herrscht, (...) kaum ein Produzent durch Preissenkungen versuchen wird, vermehrt Nachfrage auf sich zu lenken (...)“ (S. 140), ist ohne weitere Annahmen nicht aufrechtzuerhalten. Geht man z. B. von einem heterogenen Markt aus, so ist nicht auszuschließen, daß Produzenten durch Preissenkungen und damit verbundene Ausweitungen ihrer Umsätze zulasten der Konkurrenten Gewinnzuwächse erzielen können. Ein weiteres wäre, ob nicht eine Schuldentilgung im Rahmen eines Debt-Equity-Swaps eine ineffiziente Mittelverwendung im Vergleich zu anderen Alternativen sein könnte. Der Autor verzichtet darauf dieser Frage nachzugehen, weil eine andere Verwendung vertraglich ausgeschlossen sei (S. 143). Das wirkt kurz angebunden für eine Arbeit, die sich nicht zuletzt Gedanken über mögliche Umgestaltungen bestehender Verbindlichkeiten auch zulasten der Gläubiger macht. Immerhin waren auch Exit-Bonds in juristischem Sinne undenkbar, bevor sie durch neue Verträge zwischen Gläubiger und Schuldner auch für Rechtswissenschaftler denkbar gemacht wurden. Bei den hier vorgetragenen Beispielen handelt es sich indessen um Kleinigkeiten. Befremdlicher ist schon die Aussage, daß „(eine) gesamtwirtschaftliche Analyse (...) sich nur für die Schuldnerländer durchführen läßt, da für die Gläubigerländer keine direkten gesamtwirtschaftlichen Wirkungen zu vermuten sind“ (S. 112). Eine solche Marginalie sind mögliche Schuldenstreichungen in Höhe von Hunderten von Milliarden Dollar selbst für die OECD-Länder nicht, als daß sie vernachlässigt werden könnten. Es gibt gleichwohl gute Gründe, sich auf die Diskussion des Geschäftsbankensystems zu beschränken, aber die bleibt der Autor schuldig.

In größerem Maße verunsichert bei der Lektüre ein auf den ersten Blick unbedeutender Widerspruch, dem jedoch in der Argumentation einige Bedeutung zukommt. Dabei geht es im Kern um die Frage, ob Finanzmärkte vergangenheits- oder zukunftsorientiert arbeiten. So vertritt der Autor auf S. 9 die Ansicht, daß „(...) die Kreditwürdigkeit weniger durch Erfahrungen der Vergangenheit, als vielmehr durch die zukünftigen Erwartungen bestimmt wird (...)“. Auf S. 123 heißt es dagegen: „Ein Land, das versucht hat, seine Schulden regelmäßig zu bedienen, wird am Sekundärmarkt höher bewertet werden, als ein Land, das ein Zinsmoratorium erklärt oder auf andere Art und Weise das Vertrauen erschüttert hat“. Auf S. 144 klingt im Zusammenhang mit illegalem Schuldenrückkauf durch das Schuldnerland ebenfalls an, daß die Vergabe von Neukrediten an das Verhalten in der Vergangenheit geknüpft wird. Bezüglich der marktmäßigen Preisbildung auf dem Sekundärmarkt erhofft sich der Autor vom Sanktionspotential, das Märkte ex post gegen falsche Wirtschaftspolitik entfalten, einen vorbeugenden Druck auf die Schuldner in Richtung auf eine problemgerechte Wirtschaftspolitik des Schuldnerlandes (S. 144 ff.). In diesen drei letz-

ten Fällen überwiegt also eher die Vergangenheit des Schuldners. Auf S. 160 f. geht der Autor davon aus, daß Märkte auf Verluste, die durch Forderungsverzicht realisiert werden, nicht mit wesentlich höheren Risikozuschlägen für Neukredite reagieren. Das kann offenbar nur gelten, wenn Märkte zukunftsorientiert arbeiten. Abschließend zitiert der Autor den Satz „Debts which are forgiven will be forgotten“ (S. 190). Es fragt sich, was nun gilt – Vergangenheitsorientierung, Zukunftsorientierung oder beides? Mit der Beantwortung dieser Frage steht und fällt aber der ökonomische Sinn von Schuldenstreichungen, die mit einigen der dargestellten Sekundärmarktinstrumente verbunden sind. Arbeiten Märkte eher zukunftsorientiert, so gewinnt ein Schuldnerland durch die Streichung den freien Zugang zu den Finanzmärkten zurück. Arbeiten sie vergangenheitsorientiert, dann hat es mit der Streichung seine Kreditwürdigkeit für längere Zeit verloren. Ohne Klärung dieser Frage hängen die Schlußfolgerungen des Autors etwas in der Luft. Es wird nicht klar, inwiefern drastische Rückgänge der Kreditvergabebereitschaft infolge von Schuldenstreichungen den positiven Allokationseffekt überkompensieren. Wenn umgekehrt die Vergangenheit für die Bewertung von neuen Forderungen durch den Markt keine Rolle spielt, scheint die Hoffnung auf Sanktionen durch Märkte einigermaßen unbegründet. Dann reichte es, glaubhaft Besserung zu heucheln, um früheres wirtschaftspolitisches Fehlverhalten vergessen zu machen. Vermutlich liegt die Wahrheit in der Mitte. Mit einer detailfreudigeren Diskussion dieser Mitte hätte der Autor dem Leser die Bildung eines eigenen Standpunktes in der Sache wesentlich erleichtern können.

Schließlich ist festzustellen, daß eine interessante Frage nur am Rande gestreift wird. Die Frage lautet, inwieweit die Existenz der dargestellten Sekundärmarktinnovationen auf Regulierungen in den Gläubiger- und in den Schuldnerländern zurückzuführen ist. Wichtig ist diese Frage, weil möglicherweise der Einsatz solcher Innovationen ein reines Kurieren an Symptomen bedeutet, während die Ursachen der Krise nicht entschieden angegangen werden. Im einzelnen wäre zu fragen, in welchem Maße diese Innovationen ihren Ursprung in der Wertberichtigungspraxis amerikanischer Banken und in der Bankengesetzgebung der Vereinigten Staaten haben. Je stärker nämlich die neuen Instrumente auf die amerikanischen Verhältnisse zugeschnitten sind (und zu dieser Vermutung besteht einiger Anlaß), desto zweifelhafter erscheint ihre allgemeine Eignung. Als „Parallelphänomen“ sei hier auf die Flut von Finanzmarktinnovationen aus den USA verwiesen, die in den achtziger Jahren hauptsächlich der Umgehung der dortigen Bankenregulierung dienten und die sich in Ländern mit niedrigerem Regulierungsniveau als ökonomisch sinnlos erwiesen. So haben die Praktiken der Banken beim Schuldenhandel (gewissermaßen einem Naturaltausch „notleidende Forderung gegen notleidende Forderung“) ihren Ursprung vor allem in den zu niedrigen Wertberichtigungen der US-Institute sowie in den amerikanischen Bilanzierungsvorschriften (s. a. S. 84). Daß mit solchen Tauschprinzipien allein durch die relativ enge Begrenzung des Handels auf Altgläubiger Wohlfahrtsverluste gegenüber einem wirklich freien Handel eintreten, dürfte klar sein. Damit drängt sich die Frage auf, ob diese Art von Schuldenhandel nicht eher eine Verlängerung des Weges zu einer Lösung der Schuldenkrise darstellt. Für US-Banken mag er aus den genannten Gründen sinnvoll sein. Für andere Institute (die z. B. die erforderlichen Wertberichtigungen schon vorgenommen haben) mag er aber unangemessen und volkswirtschaftlich gesehen sogar schädlich sein, weil damit eine noch bessere Allokation durch wirklich freien Handel mit Forderungen verhindert wird. Daß damit auch Potentiale für Forderungsverzichte (finanziert aus Allokationsgewinnen) auf Kosten der Schuldner verschenkt werden, ist ebenfalls klar. Insofern scheint bei aller Genugtuung über den Sekundärmarkt, der immerhin einen kleinen Fortschritt darstellt, eine gewisse Skepsis gegenüber dessen Hervorbringungen nicht unangebracht.



Ähnliche Bedenken lassen sich bezüglich des Einflusses der Regulierungsdichte in den Schuldnerländern auf die Ausgestaltung von Sekundärmarktinstrumenten geltend machen. Beispielsweise beruht die Rentabilität von Debt-Equity-Swaps nicht zuletzt auf der Umgehung der offiziellen Wechselkurse und/oder auf einer Investitionserlaubnis in ansonsten für Ausländer (und u.U. auch Inländer) administrativ versperrten Wirtschaftssektoren (z.B. Staatsunternehmen oder „infant industries“). Das bedeutet aber, daß die praktizierten Debt-Equity-Swaps letztlich nur ein höchst unbefriedigender Notnagel sind. Die tatsächlich notwendige Deregulierung (Freigabe der Wechselkurse, Privatisierung etc.) wird dagegen noch weiter auf die lange Bank geschoben. Das gilt unabhängig von der Tatsache, daß natürlich der Einsatz von Debt-Equity-Swaps Zugangsbarrieren absenkt und so Wohlfahrtsgewinne gegenüber der vorherigen Situation entstehen läßt. Es wird so zwar eine Art Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner erzielt. Diese beinhaltet aber eine niedrigere als erforderliche Schuldenstreichung durch die Gläubiger im Tausch gegen eine weniger konsequent als notwendig vorangetriebene Deregulierungskampagne im Schuldnerland.

Vielleicht bestünde ja die schlagkräftigste „Innovation“ zur Bereinigung der Schuldenkrise doch im traditionellen Mittel eines die Schuldner entlastenden Forderungsverzichts der Banken in Verbindung mit einer konsistenten, wachstumsorientierten Ordnungspolitik in den Schuldnerländern. Das wäre mindestens genauso erfolgversprechend, wie die anderen praktizierten Innovationen, soweit man davon ausgeht, daß die Finanzmärkte tatsächlich eher auf die Zukunft als auf die Vergangenheit setzen.

F. Grünärml, Jena

*Kotsch, Harald: Größenvorteile von Versicherungsunternehmen und Versicherungsaufsicht. Ein Property-Rights-Ansatz zur wirtschaftspolitischen Diskussion um den Gemeinsamen Versicherungsmarkt in Europa ab 1993. Versicherungs-Wirtschaft e. V., Karlsruhe 1991. XXII, 321 S.*

Das Buch von Kotsch beginnt mit der klassischen Marktversagensthese, daß bei Kostendegressionen oder Größenvorteilen Wettbewerbsmärkte versagen und eine staatliche Regulierung erforderlich ist. Diese These wird heute von den Ökonomen nicht mehr und von den Wirtschaftspolitikern nur noch in wenigen Ländern geteilt. Ausgehend von der Theorie der bestreitbaren Märkte hat sich eine differenzierte Betrachtungsweise durchgesetzt, die gewisse staatliche Regulierungsaufgaben nur noch dort sieht, wo starke natürliche Monopoleigenschaften mit spezifisch gebundenem Kapital, versunkenen Kosten also, vorliegen wie z.B. lokale „drahtgebundene“ Telefonnetze, U-Bahnnetze, Schienennetze und Stromverteilnetze, nicht jedoch die darüber oder darauf angebotene Leistungen. Die Ausführungen von Herrn Kotsch über die Regulierung von natürlichen Monopolen bei fallenden Grenzkosten entsprechen nicht dem Stand der Lehrbuchliteratur (vgl. etwa *Finsinger, J.* (1991), Wettbewerb und Regulierung, München).

Eine Übersicht über empirische Befunde zur Frage der Größenvorteile von Versicherungsunternehmen zeigt, daß Größenvorteile allenfalls im Bereich kleiner Unternehmen vorliegen. Oder anders ausgedrückt kleine Unternehmen könnten Kosten dadurch sparen, daß sie wachsen. Sie haben noch nicht die kostenoptimale Betriebsgröße erreicht. Eine andere – nicht erwähnte – Interpretation der empirischen Befunde ist ebenfalls möglich: Schlecht wirtschaftende Unternehmen bieten schlechte Leistungen und können deshalb keinen großen Marktanteil erreichen. Der Autor verkennt nicht, daß dieser empirische Befund keine Schlüsse auf Marktversagen und damit begründete Regulierung zuläßt. Abschnitt 8 des Kapitels III hat daher

die lange Überschrift: „Die staatlichen Eingriffe in die Prämienbildung sind insbesondere durch Größenvorteile bei der Risikokonsolidierung zu begründen.“ Zu diesem Zweck taucht der Verfasser nun in die Versicherungstheorie ein. Er behandelt sämtliche theoretischen Ansätze, die Schlußfolgerungen über das Vorliegen von Größenvorteilen erlauben. Er behandelt das Gesetz der großen Zahlen, Konkurrssicherungsfonds, den Risikoausgleich im Kollektiv bei Versicherungsvereinen, spezifische Größenvorteile der Aktiengesellschaft bei Risikoaversion der Aktionäre, er wendet das Capital Asset-Pricing Model an, um daraus den Verlauf der Risikogrenzkosten von Versicherungsunternehmen zu bestimmen. Sein vorläufiges Ergebnis in Kapitel 7 ist, daß auf einem perfekten Aktienmarkt keine Größenvorteile für Versicherungsunternehmen existieren. Bei all diesen Ansätzen wurde unterstellt, daß der Aktienmarkt weitgehend vollkommen ist. In Kapitel 8 werden dann Unvollkommenheiten des Aktienmarktes eingeführt. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß in einer solchen Welt Rückversicherung und Mitversicherung und Pools die Risikokonsolidierung verbessern können. Das ist zwar keine den Versicherungswissenschaftler oder den Wettbewerbspolitiker überraschende Schlußfolgerung, aber sie ist in der Theorie gut abgeleitet und gut abgesichert worden. Eine Übung, die einem Doktoranden durchaus gut ansteht.

Überraschend und vorschnell erscheinen die daraus gezogenen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen (S. 270 ff.): „Eine Modifikation tritt erst durch die Berücksichtigung von fixen Transaktionskosten für die Anleger und adverser Selektion am Aktienmarkt ein, die zu einer Segmentierung des Aktienmarktes führen ... . Auf einem segmentierten Aktienmarkt existieren zwar immer noch nicht fallende Risikogrenzkosten der Versicherer, aber durch die Fusion von Versicherungsunternehmen können Größenvorteile realisiert werden .... Auf diese Weise besteht eine „versteckte“ Tendenz zur Kartellierung des Versicherungsmarktes und staatliche Eingriffe sind angemessen. Maßnahmen wie die auf dem Kraftverkehrsversicherungsmarkt praktizierte kombinierte Prämien- und Gewinnregulierung bieten sich an.“ Solche weitgehenden Schlußfolgerungen aus Unvollkommenheiten des Aktienmarktes, der bekanntlich wohl einer der perfektesten Märkte überhaupt ist, kann man eigentlich nur einem Doktoranden verzeihen. Die theoretisch abgeleiteten Größenvorteile müßten im übrigen nicht nur bei Versicherern auftreten, sondern müßten bei allen im unvollkommenen Aktienmarkt agierenden Unternehmen auftreten. Sollten deshalb alle Aktiengesellschaften reguliert werden – müßte man den Autor konsequenterweise fragen.

Der Autor scheint zu verkennen, daß auf Versicherungsmärkten andere theoretische Gründe für Marktversagen vorliegen: Der Versicherungsnehmer kennt die Solvenz seines Versicherers weniger gut als dieser selbst, der Versicherer kann das Risiko eines Versicherungsnehmers manchmal weniger gut einschätzen als dieser. Von praktischer Bedeutung ist allerdings nur der erstere Grund und dürfte außerhalb der privaten Krankenversicherung allenfalls die Einrichtung eines Konkurrssicherungsfonds, aber keinesfalls eine Preis- und Gewinnregulierung rechtfertigen. In der privaten Krankenversicherung kann u. a. wegen dem Konkurrenzverhältnis zu staatlichen Kassen auch mehr Regulierung erforderlich sein. (Vgl. *Finsinger, J.* (1988), Verbraucherschutz auf Versicherungsmärkten. Gutachten für die Monopolkommission. München 1988 oder *Deregulierungskommission* (1991), Marktöffnung und Wettbewerb. Stuttgart).

Fazit: Teile der Dissertation, insbesondere die versicherungstheoretischen Analysen, sind durchaus lesenswert und originell. Der Verfasser hat seinen Doktorhut mit diesen Teilen sicher zu Recht verdient. Die wettbewerbspolitische Interpretation seiner Untersuchungen kann jedoch nur als naiv bezeichnet werden.

J. Finsinger, Wien